

EUROBAROMETER 64

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

ERSTE ERGEBNISSE

Befragung : Oktober – November 2005

Veröffentlichung : Dezember 2005

Standard Eurobarometer 64 / Herbst 2005 - TNS Opinion & Social

Durchgeführt im Auftrag der Generaldirektion Presse und Kommunikation und auch von dieser koordiniert.
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschliesslich die der Autoren.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG	3
1. Das Meinungsklima	5
1.1. Die persönliche Zufriedenheit.....	5
1.2. Die Erwartungen für die Zukunft	6
1.3. Die Hauptsorgen der europäischen Bürger	8
2. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union heute	10
2.1. Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union	10
2.2. Die Vorteile der EU-Mitgliedschaft.....	13
2.3. Das Bild der Europäischen Union	16
3. Das Vertrauen in die europäischen Institutionen	19
3.1. Die Europäische Kommission	19
3.2. Das Europäische Parlament	20
3.3. Institutionen im Vergleich	21
4. Die europäische Verfassung	22
4.1. Die Zustimmung zu einer europäischen Verfassung.....	22
4.2. Die Zukunft der europäischen Verfassung	25
5. Die Zustimmung zu einer künftigen Erweiterung	28
6. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.....	32
6.1. Die Zustimmung zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	32
6.2. Die Zustimmung zu einer gemeinsamen Außenpolitik	34
7. Die Geschwindigkeit beim Aufbau Europas	36
SCHLUSSFOLGERUNGEN	37
ANHÄNGE	39

EINLEITUNG

Das vorliegende Standard-Eurobarometer wurde zwischen dem 10. Oktober und 5. November 2005 in schwierigem politischen Kontext durchgeführt, nach dem negativen Ausgang der Referenden zur Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden sowie schwierigen Debatten über den Haushalt der Europäischen Union.

Diese Ereignisse haben zweifellos Spuren in der öffentlichen Meinung hinterlassen, wie schon der Name der Befragung besagt, denn ein Barometer misst etwas zu einem bestimmten Zeitpunkt, das mit sich verändernden Bedingungen und Zusammenhängen schwankt. Dieses Standard-Eurobarometer spiegelt die europäische öffentliche Meinung in der Zeit der Reflexion und Diskussion wider. Positiv ist zu vermerken, dass sich das Vertrauen in die Wirtschaft in den vergangenen sechs Monaten verbessert hat. Obwohl die wirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit im Besonderen nach wie vor vielen Europäern Sorge bereiten, beeinflussen optimistische Prognosen zur Situation im eigenen Land die Wahrnehmung der Europäischen Union in der Öffentlichkeit tendenziell auf eine positive Weise.

Dieses Standard-Eurobarometer erfasst 30 Länder: die 25 Mitgliedstaaten, die zwei Beitrittsländer (Bulgarien und Rumänien) und die zwei Bewerberländer (Kroatien und die Türkei). Es wurde von der Generaldirektion Presse und Kommunikation der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und von TNS Opinion & Social, einem Konsortium aus TNS und EOS Gallup Europe, durchgeführt. Dabei wurde die Methodik der Generaldirektion Presse und Kommunikation (Referat "Meinungsumfragen, Presseschau und Europe Direct") für die Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt. Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigefügt. Darin werden die Interviewmodalitäten und die Konfidenzintervalle im Einzelnen beschrieben.¹

Eurobarometer-Website:

http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm

¹ Die Ergebnistabellen sind im Anhang aufgeführt. Die angegebenen Gesamtzahlen können eine Differenz von einem Punkt gegenüber der Summe der Einzelzellen aufweisen. Dies kann auf Rundungen bei einigen Ergebnissen zurückzuführen sein. Ebenso ist zu beachten, dass die in den Tabellen dieses Berichts angegebenen Gesamtprozentzahlen 100% übersteigen können, wenn der oder die Befragte die Möglichkeit hatte, bei einer Frage mehrere Antworten zu geben.

Die Länder sind mit ihren amtlichen Abkürzungen wiedergegeben. Die im Bericht verwendeten Abkürzungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN

EU25	Europäische Union - 25 Mitgliedstaaten
EU15	Europäische Union - 15 Mitgliedstaaten vor der letzten Erweiterung (1. Mai 2004)
NMS	Neue Mitgliedstaaten - die 10 Mitgliedstaaten, die der EU bei der letzten Erweiterung beigetreten sind
BE	Belgien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern*
LT	Litauen
LU	Luxemburg
LV	Lettland
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

* Zypern ist als Ganzes einer der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der gemeinschaftliche Besitzstand ist jedoch in dem Teil des Landes, der nicht der Kontrolle der Regierung der Republik Zypern untersteht, ausgesetzt. Aus praktischen Gründen sind nur die Interviews, die in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführt wurden, in der Kategorie "CY" ausgewiesen und in den EU25-Durchschnitt einbezogen. Die Interviews, die in dem nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführt wurden, sind dagegen in der Kategorie "CY(tcc)" (tcc: *Turkish Cypriot Community*, türkisch-zyprische Gemeinschaft) ausgewiesen.

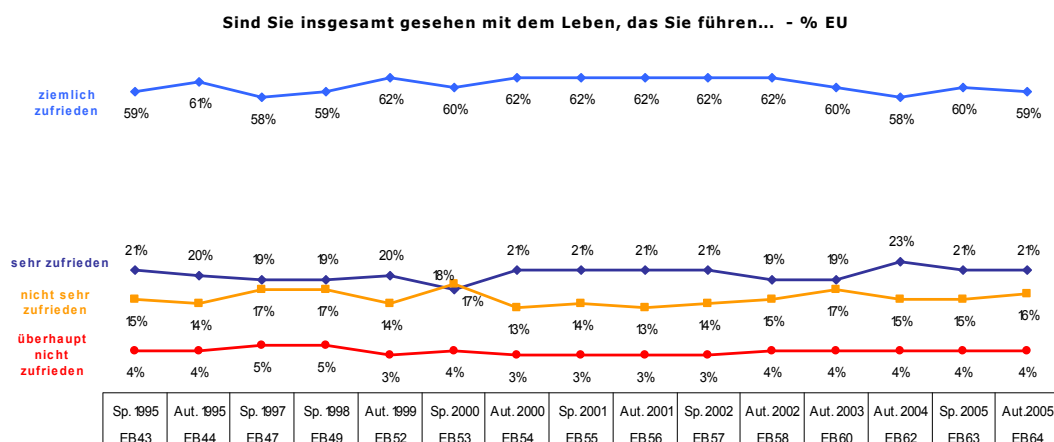
1. Das Meinungsklima

In diesem ersten Kapitel gehen wir auf das Meinungsklima in Europa ein, das den Hintergrund zur Haltung der Menschen gegenüber der Europäischen Union, ihrer Politik und ihren Institutionen bildet. In welcher allgemeinen Stimmung sind Europas Bürger am Ende des Jahres 2005? Und welches sind ihre Erwartungen und ihre Hauptsorgen für das kommende Jahr?

1.1. Die persönliche Zufriedenheit

- Die persönliche Zufriedenheit bleibt positiv -

Die Zufriedenheit der europäischen Bürger mit dem Leben, das sie führen, ändert sich im Zeitverlauf nur wenig. Ihre allgemeine Stimmung ist positiv und die große Mehrheit der Menschen in der Europäischen Union ist insgesamt gesehen mit dem Leben, das sie führen, zufrieden (80%).²



Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Resultaten in den neuen Mitgliedstaaten und denen in den früheren EU15. Tatsächlich besteht beim Ausmaß der Zufriedenheit eine Differenz von 13 Prozentpunkten. Während nämlich in den neuen Mitgliedstaaten nur 69% insgesamt gesehen mit dem Leben, das sie führen, zufrieden sind, äußern sich in den früheren EU15 82% in diesem Sinne.

² QA3. Sind Sie insgesamt gesehen mit dem Leben, das Sie führen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?

1.2. Die Erwartungen für die Zukunft

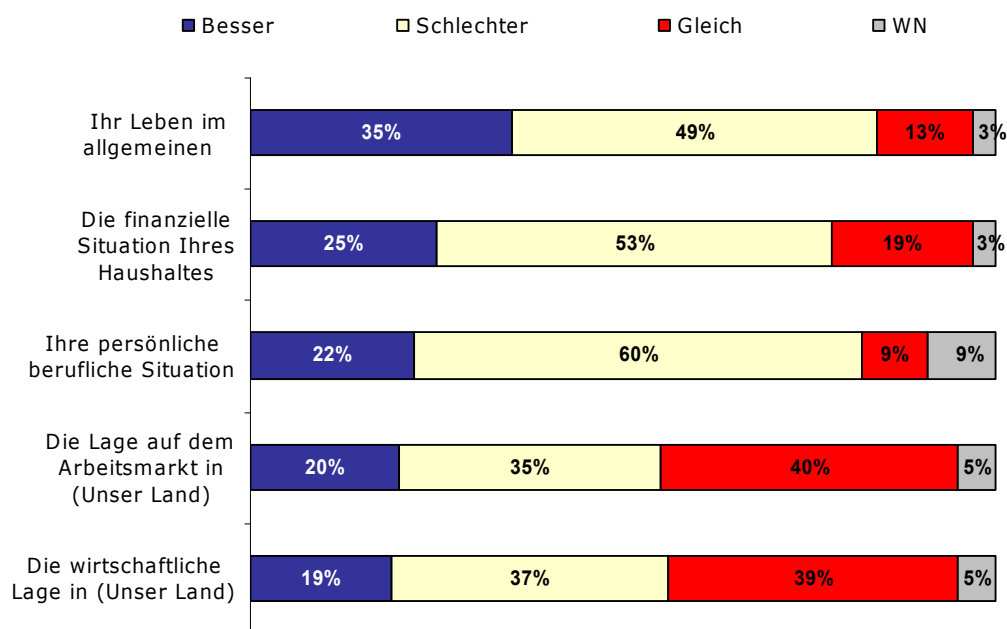
Europas Bürger setzen positive Erwartungen in ihre persönliche Situation. Weniger optimistisch sehen sie dagegen die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Lage in ihrem Land. Allerdings ist eine starke Schwankungsbreite zwischen den Mitgliedstaaten zu beobachten.³

- Anhaltender Pessimismus bei der Lage der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt im eigenen Land -

Die positivsten Erwartungen betreffen das **Leben im Allgemeinen**. 35% der Befragten sind nämlich der Ansicht, dass ihr Leben in den nächsten zwölf Monaten besser sein wird, 49% erwarten keine Veränderung und nur 13% gehen davon aus, dass es schlechter sein wird. Damit sind die Ergebnisse denen vom vergangenen Frühjahr sehr ähnlich.

Relativ optimistisch sehen Europas Bürger auch **die finanzielle Situation ihres Haushaltes** und **ihre persönliche berufliche Situation**. Eine nicht unerhebliche Minderheit (19%) geht indes davon aus, dass sich die finanzielle Situation ihres Haushaltes in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern wird.

Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? - EU 25



³ QA4. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?

1° Ihr Leben im Allgemeinen 2° Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND) 3° Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes 4° Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND) 5° Ihre persönliche berufliche Situation

Das Vertrauen der Befragten in ihre persönliche Situation steht in deutlichem Gegensatz zum Eindruck, den sie von der **Lage auf dem Arbeitsmarkt und der wirtschaftlichen Lage in ihrem Land** haben. Die verbreitetste Erwartung ist nämlich, dass sich diese beiden Aspekte in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern werden (40% bzw. 39%).

Im Vergleich zur Frühjahrsbefragung 2005 deuten jedoch die Erwartungen an die Lage auf dem Arbeitsmarkt auf eine etwas aufgehelltere Stimmung hin. So ist der Anteil der positiven Antworten um zwei Punkte gestiegen und der der negativen Antworten um zwei Punkte gesunken.

Zudem betrifft der pessimistische Ausblick auf diese beiden nationalen Indikatoren sicher nicht alle Mitgliedstaaten. So übertrifft in Estland, Litauen, Irland und Dänemark die Zahl der Bürger mit positiven Erwartungen für die nächsten zwölf Monate die der Bürger mit pessimistischen Erwartungen. Dagegen meinen in Portugal, Griechenland und Zypern mehr als sechs von zehn Befragten, dass sich sowohl die wirtschaftliche Lage als auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt in ihrem Land in den nächsten zwölf Monaten verschlechtern wird.

1.3. Die Hauptsorgen der europäischen Bürger

Die pessimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Lage auf dem Arbeitsmarkt im eigenen Land verdeutlichen auch die Antworten der Befragten auf die Frage nach den beiden wichtigsten Problemen, denen ihr Land derzeit gegenübersteht.

- Die Angst vor Arbeitslosigkeit ist weiterhin die größte Sorge, wenn auch deutlich schwächer als im Frühjahr 2005 -

Arbeitslosigkeit ist die vorherrschende Sorge. Mit 44% der Befragten ist sie zwar nach wie vor die größte Sorge der Menschen, die Zahl der EU-Bürger, nach deren Ansicht Arbeitslosigkeit eines der wichtigsten Probleme ist, denen ihr Land derzeit gegenübersteht, ging jedoch zum ersten Mal seit 2003 (-6 Punkte) zurück.⁴

Wie schon im Frühjahr 2005 betrifft die Sorge um Arbeitslosigkeit mit 57% in den 10 neuen Mitgliedstaaten ein viel breiteres Bevölkerungsspektrum, als dies in den 15 alten Mitgliedstaaten der Fall ist (42%). Dafür gilt die angesprochene positive Entwicklung in gleichem Maße für die neuen wie für die alten Mitgliedstaaten.

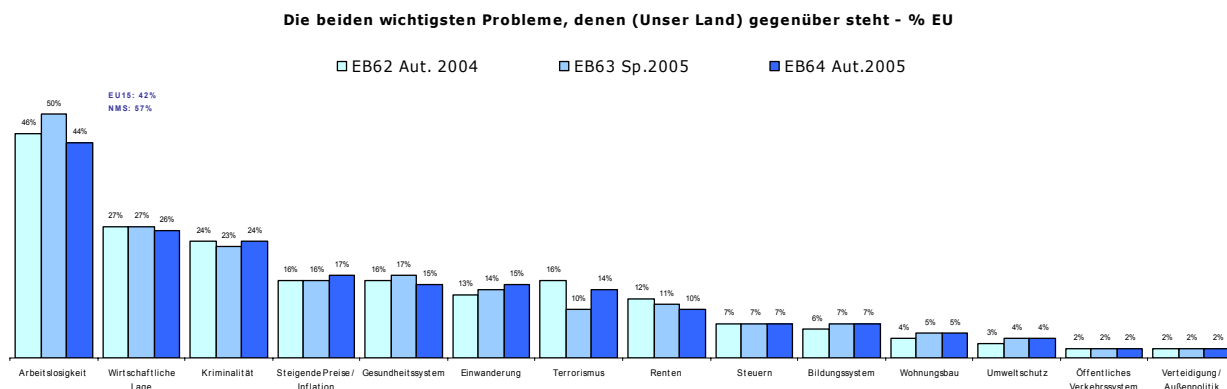
Die **wirtschaftliche Lage** ist die am zweithäufigsten genannte Sorge. Mit 26% hat sich der Anteil seit der letzten Umfrage jedoch nicht signifikant verändert. In den 15 alten Mitgliedstaaten reicht das Ausmaß der Sorge von 4% in Irland bis 43% in Deutschland. In den neuen Mitgliedstaaten ist die Sorge in Malta (44%) am weitesten und in Estland (16%) am wenigsten verbreitet.

Für jeden vierten europäischen Bürger ist **Kriminalität** eines der wichtigsten Probleme seines Landes (24%). Dieses Problem kommt somit an dritter Stelle. Während diese Zahl für die Europäische Union insgesamt im letzten Jahr stabil geblieben ist, kam es in den einzelnen Ländern zu deutlichen Verschiebungen. Den größten Anstieg verzeichnete das Vereinigte Königreich (41%, +10 Punkte), den stärksten Rückgang Österreich (14%, -10 Punkte) und Ungarn (19%, -10 Punkte). Die Zahlen reichen bei diesem Problem von 10% in Malta bis 46% in Litauen.

⁴ QA30. Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

Steigende Preise, Gesundheitssystem, Einwanderung, Terrorismus und Renten bilden eine zweite Problemgruppe, bei denen die Prozentzahlen der Nennungen zwischen 17% und 10% schwanken. Im Vergleich zum Frühjahr 2005 halten jetzt mehr Menschen den **Terrorismus** für eines der zwei wichtigsten Probleme, vor denen ihr Land steht. Allerdings beschränkt sich dieser Anstieg auf wenige Länder und im Besonderen auf diejenigen, in denen Terroranschläge stattgefunden haben oder Bedrohung durch Terroranschläge besteht. So war im Vereinigten Königreich eine Zunahme um 20 Punkte (von 14% auf 34%) und in den Niederlanden um 18 Punkte (von 22% auf 40%) zu verzeichnen. Auch in Dänemark hat sich die Sorge in diesem Bereich mit 32% Nennungen deutlich verstärkt, und das, obwohl es keine Anschläge und keine wirkliche Bedrohung gab (+20 Punkte). In anderen Ländern, wie Deutschland (4%) oder Portugal (1%) und in den neuen Mitgliedstaaten (3%), ist Terrorismus kein wichtiges Problem.

Nach den Anschlägen vom März 2004 in Spanien sind zwar nach wie vor 31% der spanischen Befragten besorgt, damit setzt sich jedoch der kontinuierliche Rückgang von 59% im Herbst 2004 und 46% im Frühjahr 2005 fort.

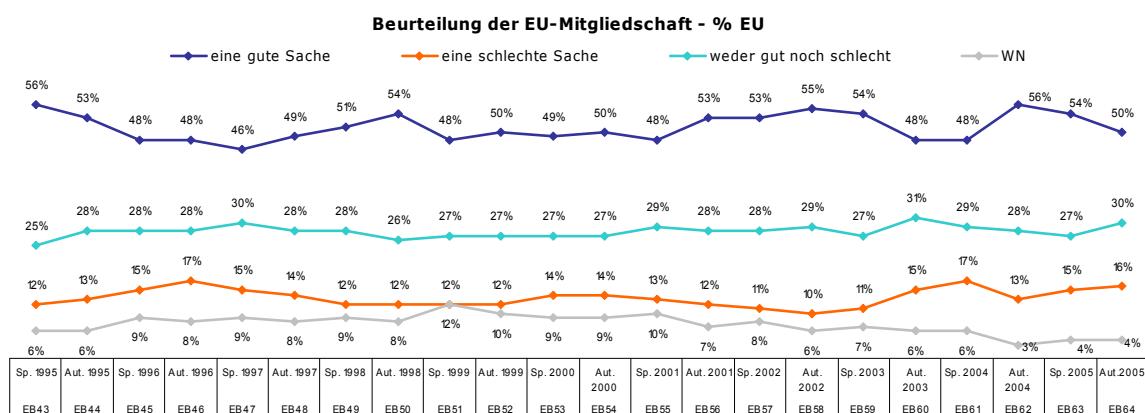


2. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union heute

2.1. Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union

- Leichter Rückgang bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft -

Nach dem deutlichen Anstieg im Herbst 2004, im Anschluss an den Beitritt der 10 neuen Mitgliedstaaten, **ging die Meinung, dass die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union eine gute Sache ist, wieder leicht zurück, und zwar von 54% auf 50%.**⁵

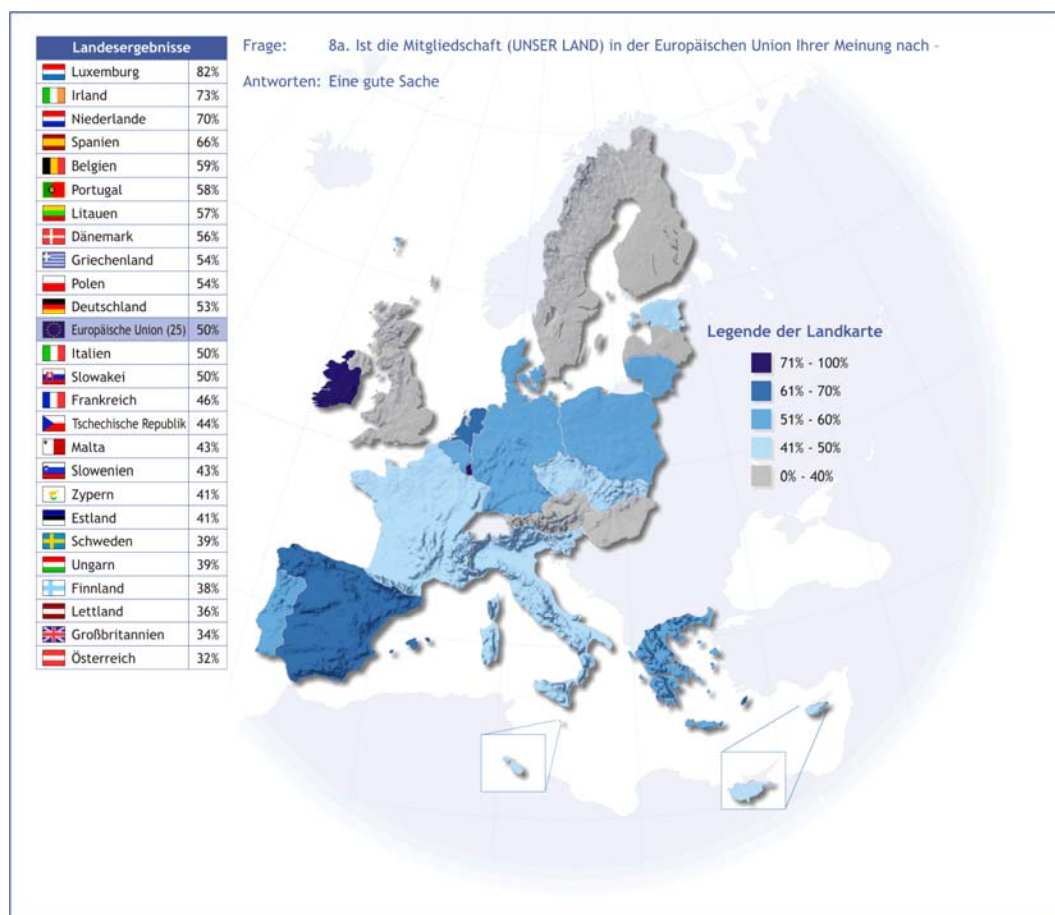


Die Ablehnung der EU-Mitgliedschaft bleibt mit 16% gering. Negative Meinungen mit einem Anteil von über 20% finden sich lediglich bei der befragten Bevölkerung in den Ländern, die traditionell dem Aufbau Europas skeptischer gegenüberstehen, nämlich Schweden (32%), Vereinigtes Königreich (28%), Österreich (25%) und Finnland (22%).

Die oft erwähnten stark auseinander gehenden Meinungen zwischen den Mitgliedstaaten bestehen fort:

- ◆ In den Ländern, die der **Euro-Zone** angehören, besteht generell breiter Konsens darüber, dass die EU-Mitgliedschaft eine gute Sache für sie ist (54%). Die sechs Länder mit der höchsten Zustimmung, angeführt von Luxemburg (82%), sind alle Mitglieder der Euro-Zone.
- ◆ Zwei Länder der Euro-Zone, Österreich und Finnland, bilden eine klare Ausnahme. Sie befinden sich in der Regel in einer Gruppe mit dem Vereinigten Königreich und Schweden, den **Ländern, in denen Skepsis gegenüber der Europäischen Union vorherrscht.**
- ◆ In den **neuen Mitgliedstaaten bleibt die öffentliche Meinung eher wankelmütig** und der Anteil der "neutralen" Antworten besonders hoch. Dies gilt namentlich für Lettland (47%), Slowenien (46%), die Tschechische Republik (44%), Estland, Ungarn und die Slowakei (alle 42%).

⁵ QA8. Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach - Eine gute - Eine schlechte Sache oder - Weder gut noch schlecht



Eine länderspezifische Analyse der Verschiebungen bei den Prozentzahlen seit der letzten Umfrage ergibt folgende Entwicklungen:

- ◆ In Spanien, Irland, Zypern, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, Polen und dem Vereinigten Königreich kam es seit Frühjahr 2005 zu keinen signifikanten oder nur sehr geringen Verschiebungen.
- ◆ Eine Verschiebung von vorbehaltloser Zustimmung zu einer eher neutralen Meinung war in der Tschechischen Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Italien, Slowenien und der Slowakei zu beobachten. In Griechenland steht der Zunahme bei den neutralen Meinungen keine Abnahme bei der vorbehaltlosen Zustimmung gegenüber.
- ◆ In Belgien ist die Zustimmung zur Mitgliedschaft deutlich eingebrochen und von einem signifikanten Anstieg der Ablehnung begleitet. Das Gleiche gilt, wenn auch in geringerem Maße, für die Niederlande, Finnland, Schweden, Lettland und Polen. In Österreich ist der deutliche Rückgang von 5 Punkten nicht von einem deutlichen Anstieg der Ablehnung begleitet und die öffentliche Meinung stellt sich jetzt diffuser dar.

% Eine gute Sache	Spring 2005	Autumn 2005	Diff. Sp. 2005/ Aut. 2005
-------------------	----------------	----------------	---------------------------------

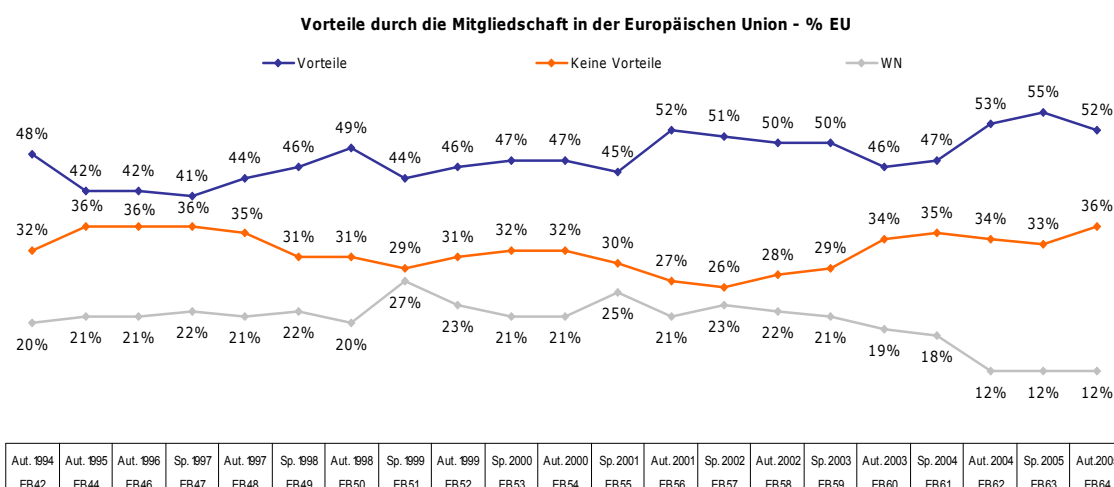
EU25	54%	50%	-4
-------------	------------	------------	-----------

MT	40%	43%	+3
LU	80%	82%	+2
PL	53%	54%	+1
ES	66%	66%	0
IE	75%	73%	-2
LT	59%	57%	-2
EL	56%	54%	-2
CY	43%	41%	-2
UK	36%	34%	-2
DK	59%	56%	-3
HU	42%	39%	-3
SK	54%	50%	-4
FR	51%	46%	-5
CZ	49%	44%	-5
SE	44%	39%	-5
DE	58%	53%	-5
AT	37%	32%	-5
IT	56%	50%	-6
SI	49%	43%	-6
LV	42%	36%	-6
NL	77%	70%	-7
PT	61%	54%	-7
EE	48%	41%	-7
FI	45%	38%	-7
BE	67%	59%	-8

2.2. Die Vorteile der EU-Mitgliedschaft

- Leichter Einbruch bei der Wahrnehmung der Vorteile der EU-Mitgliedschaft -

Nach einem kontinuierlichen Anstieg der positiven Antworten in den vergangenen zwei Jahren und dem höchsten Stand seit 1991 **war nun ein Rückgang von 3 Punkten beim Prozentsatz der europäischen Bürger zu verzeichnen, nach deren Ansicht ihr Land durch die EU-Mitgliedschaft Vorteile hat**. Heute sind 52% der Europäer der Meinung, dass ihr Land durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union insgesamt gesehen Vorteile hat, 36% (+3 Punkte) sind gegenteiliger Auffassung. Trotz dieser Veränderung bleibt die öffentliche Meinung mit einer Differenz von 16 Punkten zwischen denen, für die ihr Land Vorteile hat, und denen, für die es keine Vorteile hat, positiv eingestellt.⁶

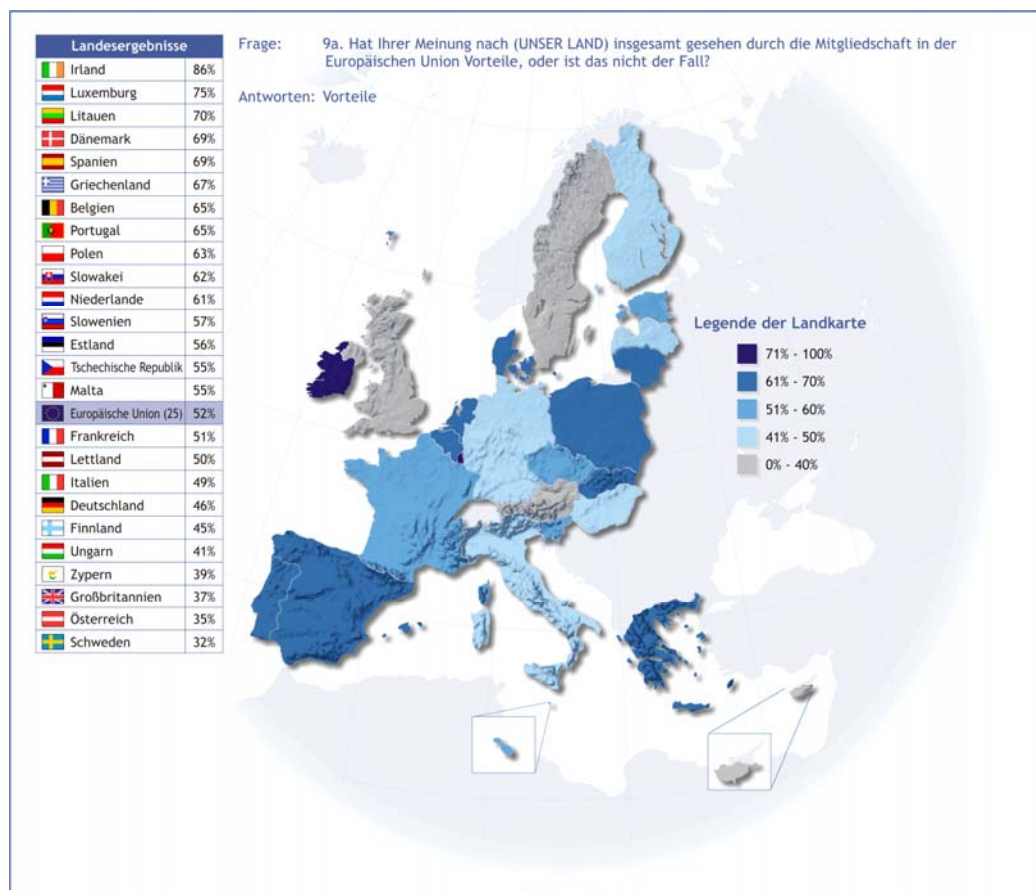


Einmal mehr weist Irland den höchsten Anteil an Bürgern auf, die die Vorteile der EU-Mitgliedschaft (86%) positiv einschätzen, gefolgt von Luxemburg (75%).

Achtzehn Monate nach dem Beitritt **steht die öffentliche Meinung in den neuen Mitgliedstaaten den Vorteilen durch die Mitgliedschaft weiterhin positiv gegenüber**. Im Durchschnitt geben fast 6 von 10 Befragten (58%, -1 Punkt im Vergleich zur Frühjahrsbefragung) an, dass ihr Land durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile hat. Die höchste Prozentzahl weist erneut Litauen auf (70%). Die Zyprioten bleiben am kritischsten. Nur 39% von ihnen haben den Eindruck, dass ihr Land durch die Mitgliedschaft Vorteile hat, 53% sind entgegengesetzter Ansicht.

⁶ QA9. Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?

In den 15 alten Mitgliedstaaten meint nach wie vor mehr als die Hälfte aller Bürger, dass ihr Land durch die Mitgliedschaft Vorteile hat (51%). Nach Irland und Luxemburg teilen diese Auffassung mindestens sechs von zehn Befragten in Dänemark, Spanien (beide 69%), Griechenland (67%), Belgien (65%) und den Niederlanden (61%).



Schweden ist der einzige "alte" Mitgliedstaat, in dem mehr als die Hälfte der Befragten keine Vorteile für ihr Land durch die EU-Mitgliedschaft erkennen kann (56%). Aber auch in Österreich (48%), dem Vereinigten Königreich und Finnland (beide 47%) ist die Mehrheit dieser Auffassung.

Eine länderspezifische Analyse der Verschiebungen bei den Prozentzahlen seit der letzten Umfrage ergibt folgende Entwicklungen:

- ♦ Wir sehen uns zunächst die beiden Länder näher an, in denen in Referenden gegen die Verfassung gestimmt wurde. Hier war eine leichte Zunahme der Meinung zu verzeichnen, dass das eigene Land keine Vorteile durch die EU-Mitgliedschaft hat (+4 Punkte). Sowohl in den Niederlanden als auch in Frankreich standen zwei wichtige Themen, die in direkter Beziehung zu den wahrgenommenen Vorteilen der Mitgliedschaft stehen (Beitrag zum EU-Haushalt in den Niederlanden und GAP-Subventionen in Frankreich), genau vor der Befragung im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Bei dem Versuch, die Veränderung in der öffentlichen Meinung zu verstehen, sollten also diese Ereignisse berücksichtigt und die beobachtete Verschiebung weniger auf das Nein in den Referenden zurückgeführt werden.

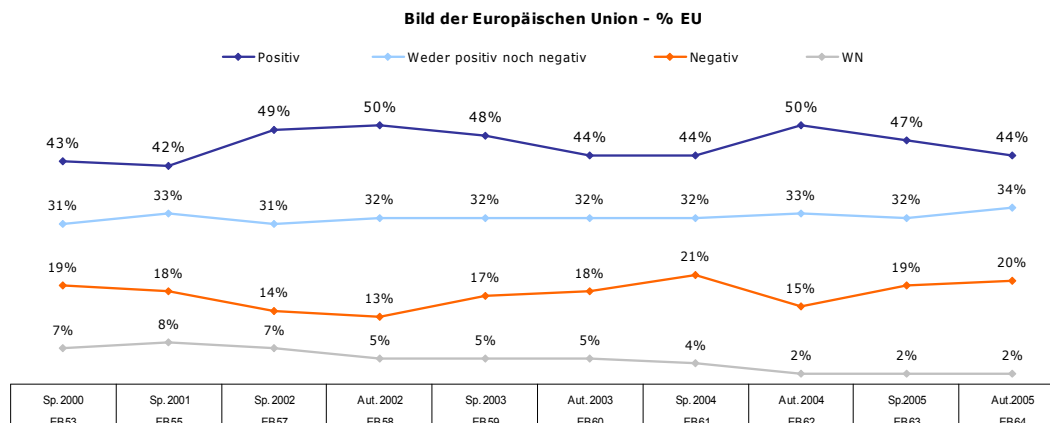
- ◆ In Lettland, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Belgien, Finnland, Italien, Deutschland und Ungarn war ein signifikanter Einbruch bei den positiven Antworten von einem signifikanten Anstieg bei den negativen Antworten begleitet.
- ◆ In Griechenland war zwar eine deutliche Zunahme der negativen Antworten zu verzeichnen, diese Verschiebung schlug sich jedoch nicht in einer deutlichen Abnahme der positiven Antworten nieder.
- ◆ In Österreich und Slowenien kam es ebenfalls zu einem signifikanten Rückgang der positiven Antworten, aber auch hier stand der Verschiebung kein signifikanter Anstieg bei den negativen Antworten gegenüber.
- ◆ Positiv ist schließlich eine ausgesprochen positive Entwicklung in Luxemburg zu vermerken.

% Vorteile	Spring 2005	Autumn 2005	Diff. Sp. 2005/ Aut. 2005
EU25	55%	52%	-3
LU	72%	75%	+3
MT	53%	55%	+2
PL	62%	63%	+1
ES	69%	69%	0
IE	87%	86%	-1
DK	70%	69%	-1
SK	63%	62%	-1
CZ	56%	55%	-1
EL	69%	67%	-2
PT	67%	65%	-2
EE	58%	56%	-2
LT	72%	70%	-2
FR	53%	51%	-2
CY	41%	39%	-2
IT	52%	49%	-3
UK	40%	37%	-3
BE	69%	65%	-4
DE	50%	46%	-4
SE	36%	32%	-4
SI	62%	57%	-5
FI	50%	45%	-5
HU	47%	41%	-6
NL	67%	61%	-6
AT	41%	35%	-6
LV	57%	50%	-7

2.3. Das Bild der Europäischen Union

- Weiterer Rückgang beim positiven Bild der Europäischen Union -

Die Zustimmung zur Aussage, dass die Europäische Union ein positives Bild hervorruft, ist zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen und liegt jetzt bei 44%. Die Zahl der EU-Bürger, bei denen die Europäische Union ein positives Bild hervorruft, übersteigt zwar weiterhin die der Bürger, bei denen sie ein negatives Bild hervorruft, doch der Abstand zwischen beiden Lagern verringert sich.⁷



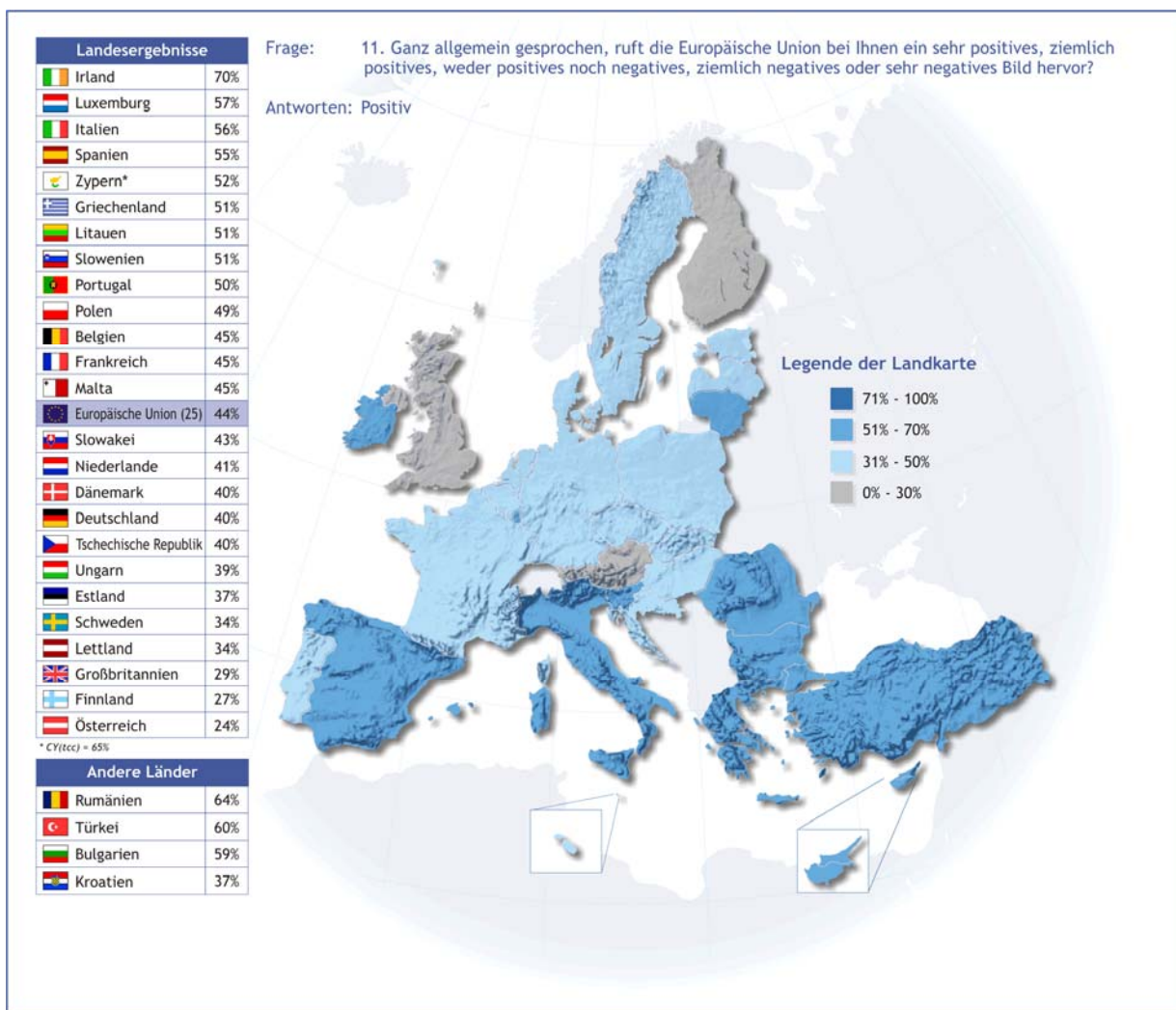
Eine länderspezifische Analyse der Verschiebungen bei den Prozentzahlen seit der letzten Umfrage ergibt folgende Entwicklungen:

- ◆ In Dänemark ist mit einem Anstieg von 5 Punkten beim Prozentsatz der Befragten, die ein positives Bild von der Europäischen Union haben, eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Auch in den Niederlanden gab es eine kleine Zunahme der positiven Antworten.
- ◆ In Irland, dem Vereinigten Königreich, Luxemburg, Estland, Polen und Deutschland hat sich die öffentliche Meinung nicht signifikant verändert.
- ◆ Eine Verschiebung von positiven Antworten zu einer neutraleren Meinung fand in Italien, Portugal, Frankreich, Spanien, Malta und der Tschechischen Republik statt.
- ◆ In Schweden und Griechenland nahmen die negativen Antworten zu, ohne dass dies von einer deutlichen Abnahme bei den positiven Antworten begleitet war.
- ◆ In den anderen Ländern ist die Entwicklung negativ, das heißt, ein signifikanter Rückgang bei den positiven Antworten war von einem signifikanten Anstieg bei den negativen Antworten begleitet.

⁷ QA11. Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

% Positiv	Spring 2005	Autumn 2005	Diff. Sp. 2005/ Aut. 2005
EU25	47%	44%	-3
DK	35%	40%	+5
NL	38%	41%	+3
IE	68%	70%	+2
LT	49%	51%	+2
UK	28%	29%	+1
SE	34%	34%	0
LU	58%	57%	-1
EE	38%	37%	-1
ES	57%	55%	-2
PL	51%	49%	-2
DE	42%	40%	-2
EL	54%	51%	-3
MT	48%	45%	-3
SK	46%	43%	-3
CZ	43%	40%	-3
FI	30%	27%	-3
CY	56%	52%	-4
FR	49%	45%	-4
HU	43%	39%	-4
SI	57%	51%	-6
PT	56%	50%	-6
LV	40%	34%	-6
AT	30%	24%	-6
IT	63%	56%	-7
BE	56%	45%	-11

Die Analyse des Bilds der Europäischen Union ist nicht nur bei den Mitgliedstaaten aufschlussreich, sondern auch für die Wahrnehmung der Bürger in den Beitritts- und Bewerberländern. Die Analyse zeigt, dass **die Europäische Union in den Beitritts- und Bewerberländern im Allgemeinen bei mehr Menschen ein positives Bild hervorruft als in den meisten Mitgliedstaaten**. Die einzige Ausnahme bildet Kroatien, wenngleich sich die Lage dort deutlich verbessert hat. Hatten im Frühjahr 2005 nämlich nur 28% der Kroaten ein positives Bild von der Europäischen Union, sind es jetzt 37%.

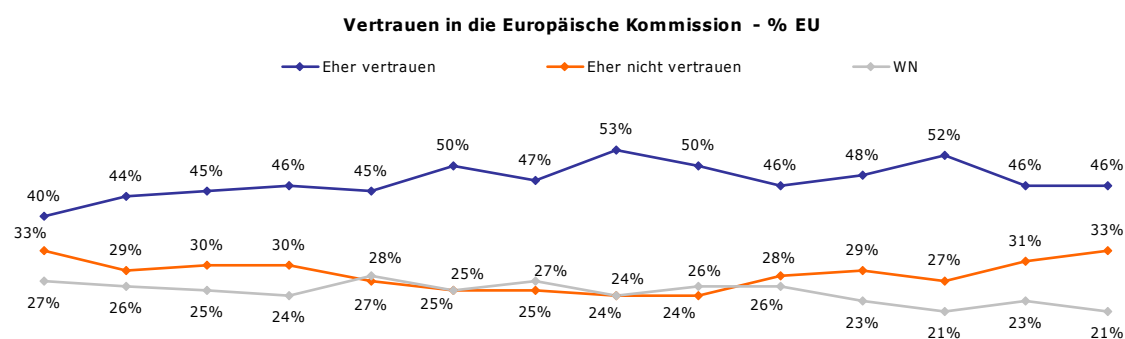


3. Das Vertrauen in die europäischen Institutionen

3.1. Die Europäische Kommission

- Das Vertrauen in die Europäische Kommission schwindet weiter -

Auch wenn der in der ersten Hälfte 2005 verzeichnete Rückgang des Vertrauens in die Europäische Kommission sich nicht fortgesetzt hat, deuten die neuesten Ergebnisse auf einen weiteren Anstieg des Anteils der Bürger hin, die diesem EU-Organ eher nicht vertrauen. Während der Prozentsatz der Befragten, die der Europäischen Kommission eher vertrauen, noch immer auf dem Niveau vom Herbst 2003 liegt (46%), ist der Prozentsatz der Befragten, die ihr eher nicht vertrauen, jetzt wieder so hoch wie im Frühjahr 1999. Die Differenz zwischen positiven und negativen Meinungen bleibt positiv, auch wenn der Abstand geringer wird und mittlerweile bei 13 Punkten liegt (im Vergleich zu 25 im Herbst 2004).



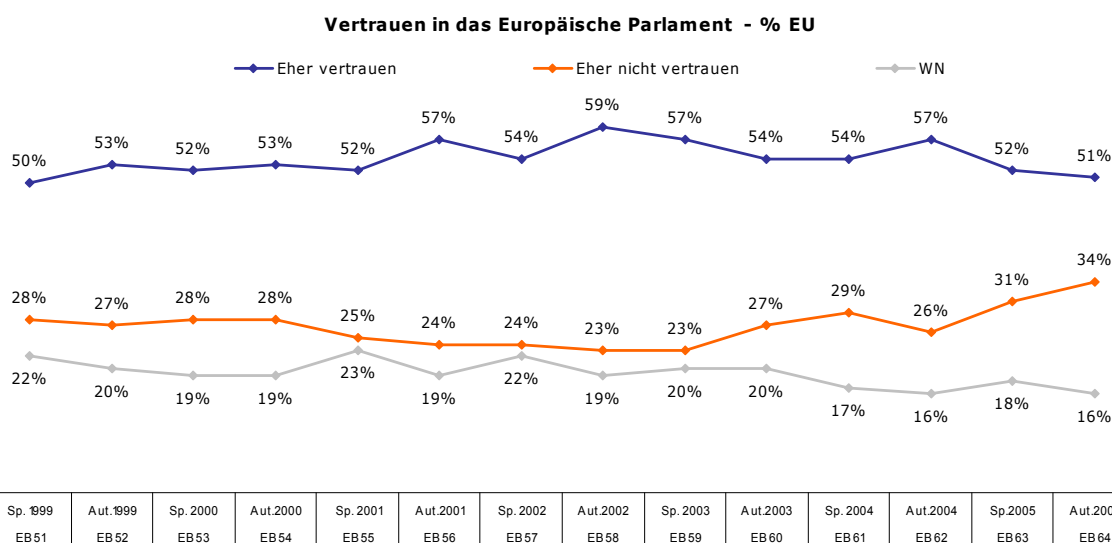
Sp. 1999	Aut. 1999	Sp. 2000	Aut. 2000	Sp. 2001	Aut. 2001	Sp. 2002	Aut. 2002	Sp. 2003	Aut. 2003	Sp. 2004	Aut. 2004	Sp. 2005	Aut. 2005
EB 51	EB 52	EB 53	EB 54	EB 55	EB 56	EB 57	EB 58	EB 59	EB 60	EB 61	EB 62	EB 63	EB 64

3.2. Das Europäische Parlament

- Weniger Vertrauen in das Europäische Parlament -

Die bei der Europäischen Kommission beobachtete Entwicklung findet sich auch beim Europäischen Parlament. **Eine Mehrheit der Befragten (51%) setzt zwar weiter Vertrauen in das Europäische Parlament, der Anteil der Bürger, die ihm eher nicht vertrauen, nahm jedoch um 3 Punkte zu.**

Das Misstrauen gegenüber diesem EU-Organ befindet sich mit 34% aktuell auf einem Rekordhoch. Die Differenz zwischen positiven und negativen Meinungen ist zwar weiter positiv, der Abstand war aber in den letzten Jahren noch nie so gering und liegt jetzt bei 17 Punkten (im Vergleich zu 31 im Herbst 2004).



3.3. Institutionen im Vergleich

Die europäischen Bürger schenken dem Europäischen Parlament nach wie vor mehr Vertrauen als der Europäischen Kommission. Zudem weisen die Vertrauenskurven der beiden Institutionen weiter einen mehr oder weniger parallelen Verlauf auf.

Was die Ergebnisse für den Rat der Europäischen Union betrifft, nimmt das Vertrauen ab: vier von zehn Bürgern drücken ihr Vertrauen in den Rat der Europäischen Union aus, während drei von zehn eine eher negative Meinung äußern. Es ist dabei zu beachten, dass die Anzahl von Weiß nicht-Antworten ähnlich hoch ist (29%).

Bei einem Vergleich mit der Frühjahrsumfrage 2005 ist kein besonderes Muster zu erkennen, was das Europäische Parlament und die Europäische Kommission betrifft. In sechs Ländern verbesserte sich das Vertrauen deutlich, für acht Länder gilt das Gegenteil. Die im vorherigen Bericht vermerkte Entwicklung einer kritischeren Haltung in einigen traditionell "europabegeisterten" Ländern hat sich nicht bestätigt.

Das Vereinigte Königreich ist und bleibt das einzige Land, in dem eine Mehrheit der Befragten weder dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission noch dem Rat der Europäischen Union vertraut.

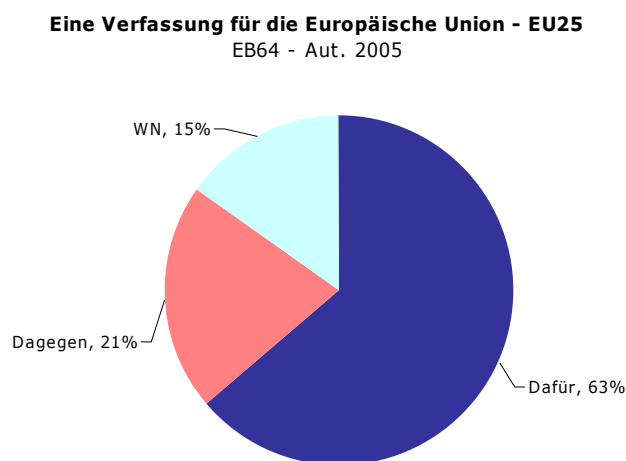
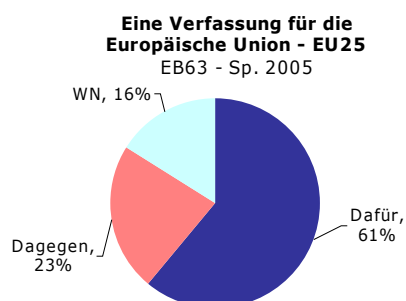
	Das Europäische Parlament			Die Europäische Kommission			Der Rat der Europäischen Union		
	Sp.2005	Aut.2005	Diff. Sp.2005/ Aut.2005	Sp.2005	Aut.2005	Diff. Sp.2005/ Aut.2005	Sp.2005	Aut.2005	Diff. Sp.2005/ Aut.2005
EU25	52%	51%	-1	46%	46%	0	42%	40%	-2
BE	67%	62%	-5	67%	61%	-6	57%	50%	-7
CZ	51%	56%	4	46%	53%	7	46%	50%	4
DK	56%	58%	2	50%	51%	1	50%	51%	1
DE	46%	53%	7	37%	43%	6	35%	40%	5
EE	54%	49%	-5	53%	48%	-5	48%	42%	-6
EL	59%	62%	3	53%	58%	5	50%	56%	6
ES	50%	52%	2	43%	48%	5	43%	43%	0
FR	50%	49%	-1	45%	44%	-1	38%	38%	0
IE	57%	60%	3	51%	60%	9	42%	47%	5
IT	66%	61%	-5	60%	57%	-3	54%	50%	-4
CY	62%	60%	-2	62%	57%	-5	62%	56%	-6
LV	47%	44%	-3	44%	42%	-2	38%	37%	-1
LT	56%	55%	-1	53%	51%	-2	47%	46%	-1
LU	67%	68%	1	61%	63%	2	51%	53%	2
HU	71%	62%	-9	65%	58%	-7	63%	54%	-9
MT	58%	63%	5	59%	60%	1	57%	54%	-3
NL	51%	53%	2	49%	51%	2	44%	40%	-4
AT	48%	49%	1	44%	43%	-1	37%	36%	-1
PL	52%	49%	-3	49%	46%	-3	45%	40%	-5
PT	63%	67%	4	59%	65%	6	52%	59%	7
SI	66%	61%	-5	64%	56%	-8	55%	53%	-2
SK	63%	65%	2	56%	57%	1	55%	55%	0
FI	56%	52%	-4	54%	48%	-6	46%	44%	-2
SE	51%	48%	-3	43%	42%	-1	27%	25%	-2
UK	35%	27%	-7	31%	26%	-5	27%	18%	-9

4. Die europäische Verfassung

4.1. Die Zustimmung zu einer europäischen Verfassung

- Nach wie vor breite Zustimmung zu einer europäischen Verfassung -

Trotz des negativen Ausgangs der Referenden über die Ratifizierung der europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden, **besteht nach wie vor eine breite Zustimmung zu dem Gedanken einer europäischen Verfassung**. 63% der europäischen Bürger sind für das Konzept einer Verfassung für die Europäische Union, im Vergleich zu 21%, die gegen diese Idee sind.⁸



Es ist wichtig zu betonen, dass mit dieser Frage gemessen wird, **inwieweit die Befragten grundsätzlich mit dem Konzept einer Verfassung für die Europäische Union einverstanden sind**. Dies ist **keine Bewertung des Inhalts der gegenwärtig diskutierten Verfassung**. Die Ergebnisse sollten somit nicht als Wahlabsicht der Bürger für den Fall, dass ein Referendum organisiert werden sollte, aufgefasst oder mit dem Ausgang bereits abgehaltener Referenden in Verbindung gebracht werden. Trotzdem dürfen die für Frankreich und die Niederlande vorliegenden Ergebnisse nicht außer Acht gelassen werden.

⁸ QA32.5. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.
Eine Verfassung für die Europäische Union.

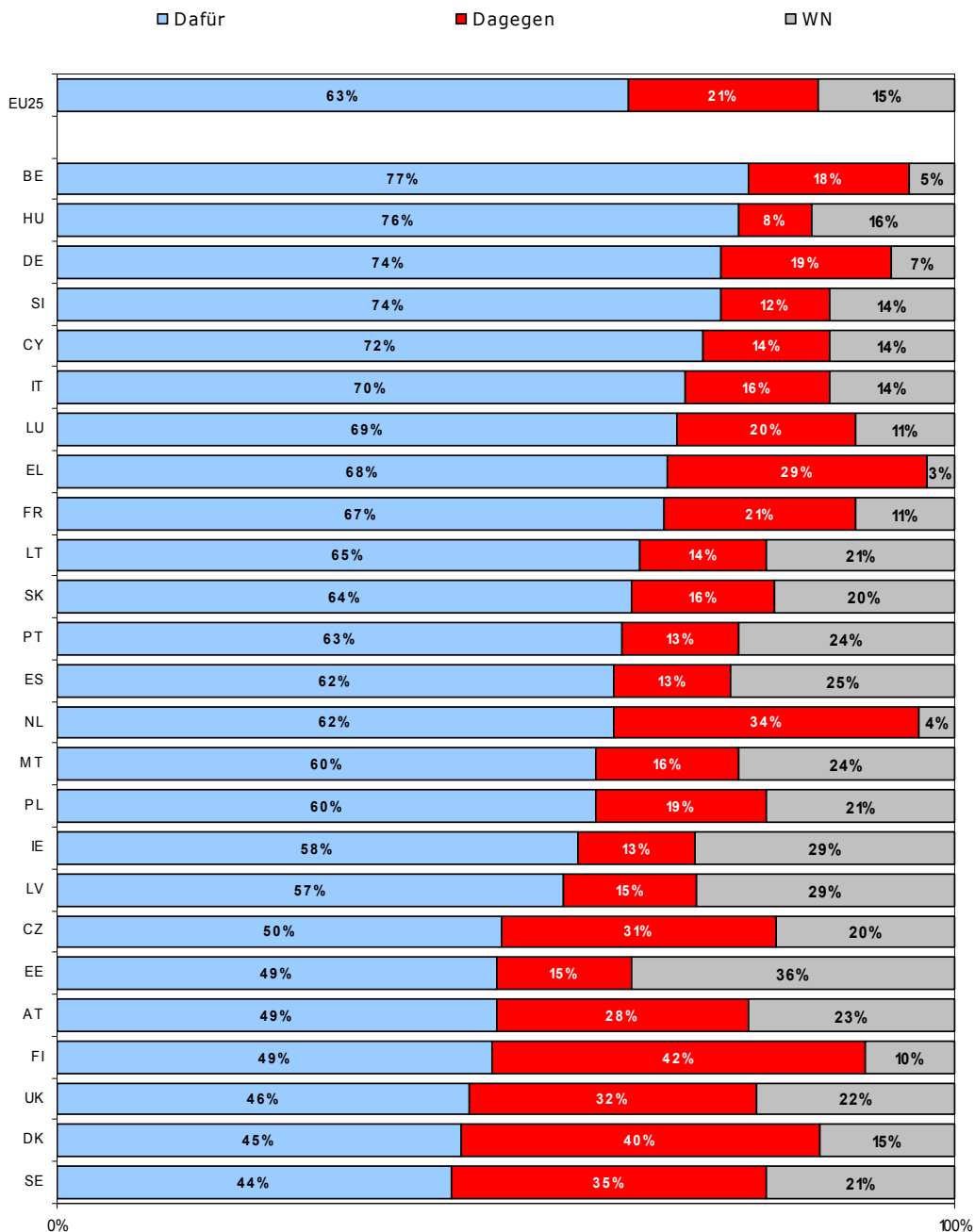
Diese Standard-Eurobarometer-Umfrage zeigt nämlich, dass **die Zustimmung zum Gedanken einer Verfassung jetzt in Frankreich und den Niederlanden weiter verbreitet ist als im Frühjahr 2005**. In den Niederlanden hat sich der Prozentsatz der Menschen, die dem Gedanken einer Verfassung zustimmen, um 9 Punkte von 53% auf 62% erhöht. Der Anteil der Gegner dieses Gedankens ist von 38% auf 34% gesunken. In Frankreich legten die positiven Antworten um 7 Punkte auf 67% zu. Dies ist von einem gleich großen Rückgang der negativen Antworten begleitet. So liegt der Prozentsatz der Menschen in Frankreich, die nicht damit einverstanden sind, dass die Europäische Union eine Verfassung haben sollte, jetzt bei nur noch 21%.

Die stärkere Zustimmung zum Gedanken einer europäischen Verfassung findet sich nicht nur in Frankreich und den Niederlanden, sondern auch in vielen anderen Ländern, insbesondere in Malta, Griechenland, der Tschechischen Republik, Luxemburg, Schweden und Deutschland.

	Dafür Sp.2005	Dafür Aut.2005	Diff. Sp.2005/ Aut.2005
EU25	61%	63%	+2
MT	50%	60%	+10
NL	53%	62%	+9
EL	60%	68%	+8
FR	60%	67%	+7
CZ	44%	50%	+6
LU	63%	69%	+6
SE	38%	44%	+6
DE	68%	74%	+6
SK	60%	64%	+4
IE	54%	58%	+4
PT	59%	63%	+4
UK	43%	46%	+3
DK	42%	45%	+3
FI	47%	49%	+2
AT	47%	49%	+2
BE	76%	77%	+1
LV	56%	57%	+1
ES	63%	62%	-1
PL	61%	60%	-1
CY	73%	72%	-1
HU	78%	76%	-2
SI	76%	74%	-2
EE	52%	49%	-3
IT	74%	70%	-4

Der Gedanke einer Verfassung für die Europäische Union wird in Belgien (77%) am stärksten begrüßt, gefolgt von Ungarn (76%), Deutschland und Slowenien (beide 74%). Stärker geteilt ist die Meinung in Dänemark (45% dafür und 40% dagegen) und Finnland (49% bzw. 42%). Erwähnenswert ist ferner, dass sich insbesondere in einer Reihe von Ländern eine signifikante Zahl von Befragten (noch) keine Meinung gebildet hat. Dies gilt für mehr als ein Drittel der Befragten in Estland (36% Weiß nicht-Antworten) und fast drei von zehn Befragten in Irland und Lettland (beide 29%).

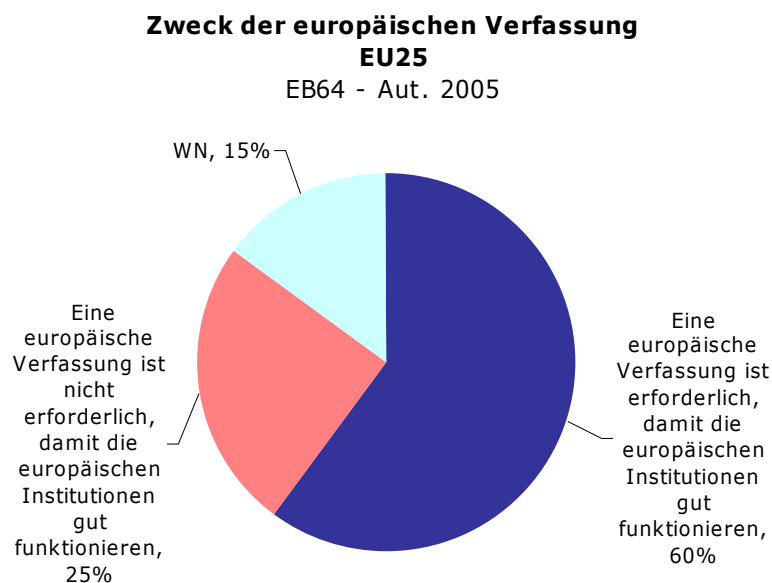
Eine Verfassung für die europäische Union



4.2. Die Zukunft der europäischen Verfassung

- Nach Ansicht der Mehrheit ist eine europäische Verfassung erforderlich, damit die europäischen Institutionen gut funktionieren -

Obwohl der Ratifizierungsprozess für die europäische Verfassung nach dem negativen Ausgang der Referenden in Frankreich und den Niederlanden gegenwärtig überdacht wird, **ist die Mehrheit der europäischen Bürger der Meinung, dass eine europäische Verfassung notwendig ist, damit die europäischen Institutionen gut funktionieren.**⁹

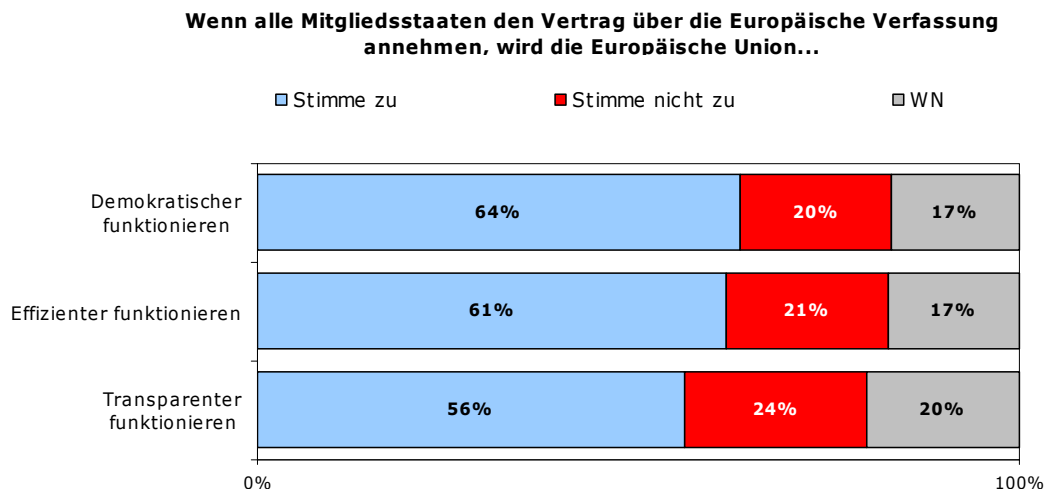


In den 15 alten Mitgliedstaaten ist diese Meinung etwas stärker ausgeprägt als in den 10 neuen Mitgliedstaaten (61% gegenüber 56%). Analysen der Länderergebnisse zeigen jedoch, dass diese Ansicht mit 78% in Belgien (einem "alten" Mitgliedstaat) und Slowenien (einem "neuen" Mitgliedstaat) am weitesten verbreitet ist, und dass die gegenteilige Auffassung die meisten Verfechter in zwei alten Mitgliedstaaten findet, nämlich in Finnland (51%) und den Niederlanden (50%).

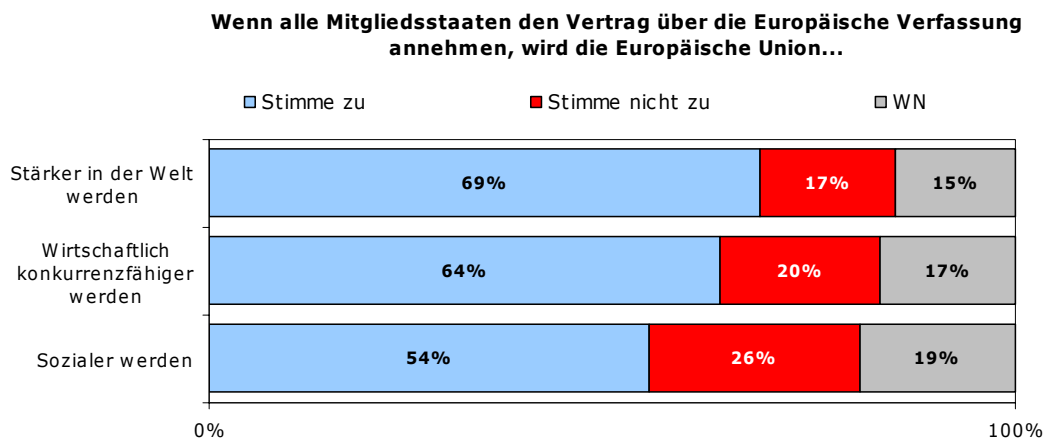
Bei genauerem Blick auf die beiden Länder, in denen das Wahlvolk gegen die Verfassung stimmte, wird deutlich, dass die öffentliche Meinung in den Niederlanden geteilt ist, in Frankreich aber mit 68% eine breite Zustimmung zur Aussage besteht, dass eine europäische Verfassung erforderlich ist, damit die europäischen Institutionen gut funktionieren.

⁹ QA50 Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer persönlichen Meinung am nächsten?

Warum die EU nach Auffassung vieler Europäer eine Verfassung braucht, wird durch die Antworten auf die beiden nächsten Fragen noch anschaulicher.¹⁰ Wie dies schon im Frühjahr 2005 der Fall war, als der Ratifizierungsprozess noch in Gang war, meint die Mehrheit der EU-Bürger, dass **die Annahme des Verfassungsvertrags dazu führen wird, dass die Europäische Union demokratischer (64%), effizienter (61%) und transparenter (56%) funktioniert.**



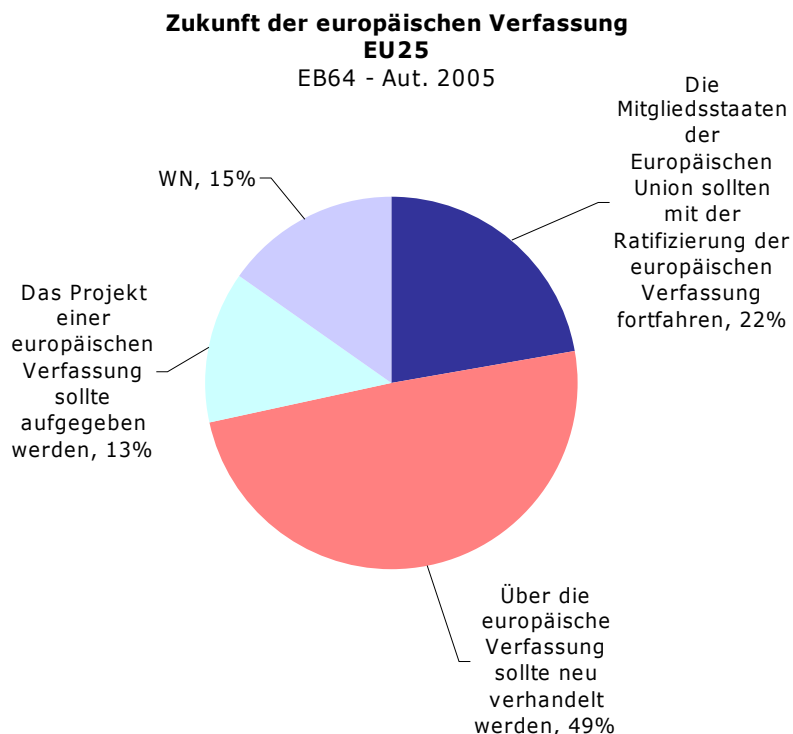
Ebenso meint die Mehrheit der europäischen Bürger unverändert, dass **die Annahme der europäischen Verfassung die Stellung der EU in der Welt stärken (69%), sie wirtschaftlich konkurrenzfähiger (64%) und sozialer (54%) machen würde.**



Diese Ergebnisse entsprechen denen der Frühjahrsumfrage 2005.

¹⁰ QA47 und QA48. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Wenn alle Mitgliedsstaaten den Vertrag über die Europäische Verfassung annehmen, wird die Europäische Union...

Die öffentliche Meinung sieht die Zukunft der europäischen Verfassung zweifellos optimistisch. Dennoch ist die verbreitetste Ansicht, dass über die Verfassung neu verhandelt werden sollte (49%). Etwa einer von fünf Bürgern meint, dass die Mitgliedstaaten mit der Ratifizierung fortfahren sollten (22%). Eine kleine Minderheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass das Projekt einer europäischen Verfassung aufgegeben werden sollte (13%).¹¹



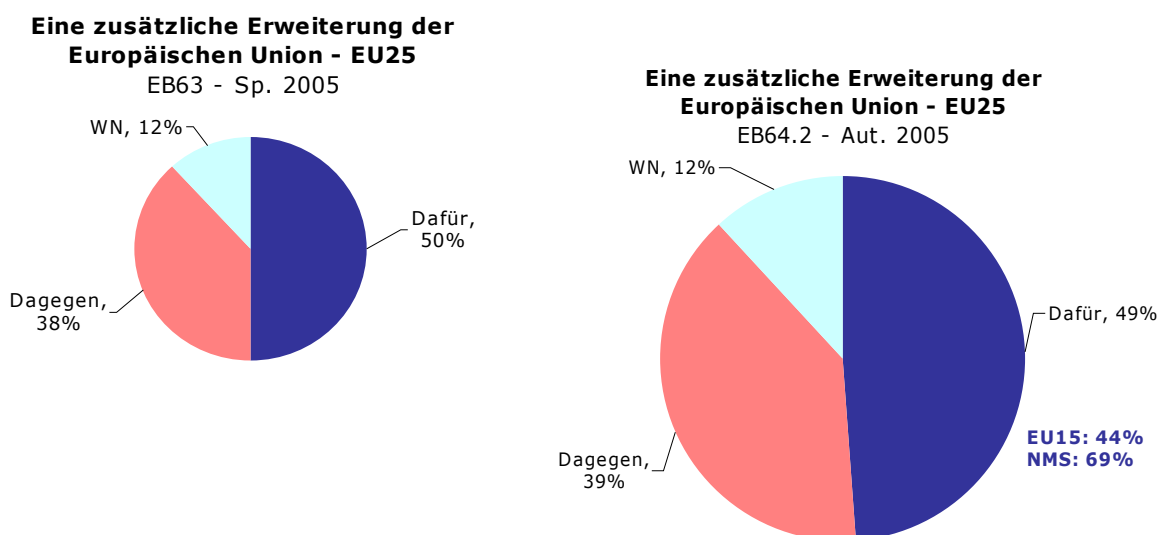
Dies ist die Mehrheitsmeinung in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Maltas, wo die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses am populärsten ist (41%). Die Menschen in Frankreich (65%) und den Niederlanden (64%) vertreten am meisten die Auffassung, dass über die europäische Verfassung neu verhandelt werden sollte. **Der Ausgang des Referendums in diesen beiden Ländern hatte sicher nicht den Wunsch zur Folge, die europäische Verfassung ganz aufzugeben, denn nur 15% bzw. 16% äußern diese Meinung.** Der Wunsch, den Ratifizierungsprozess auszusetzen, ist in Ungarn am schwächsten (4%). Am verbreitetsten ist er bei den Dänen (31%), die die demokratischen Prozesse in der Europäischen Union ohnehin relativ kritisch sehen.

¹¹ QA49 13 Länder haben die europäische Verfassung ratifiziert, aber Frankreich und die Niederlande haben mit "Nein" gestimmt. Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer persönlichen Meinung am nächsten?

5. Die Zustimmung zu einer künftigen Erweiterung

- Knapp die Hälfte der EU-Bürger ist für eine zusätzliche Erweiterung, doch der Abstand zwischen Befürwortern und Gegnern verringert sich -

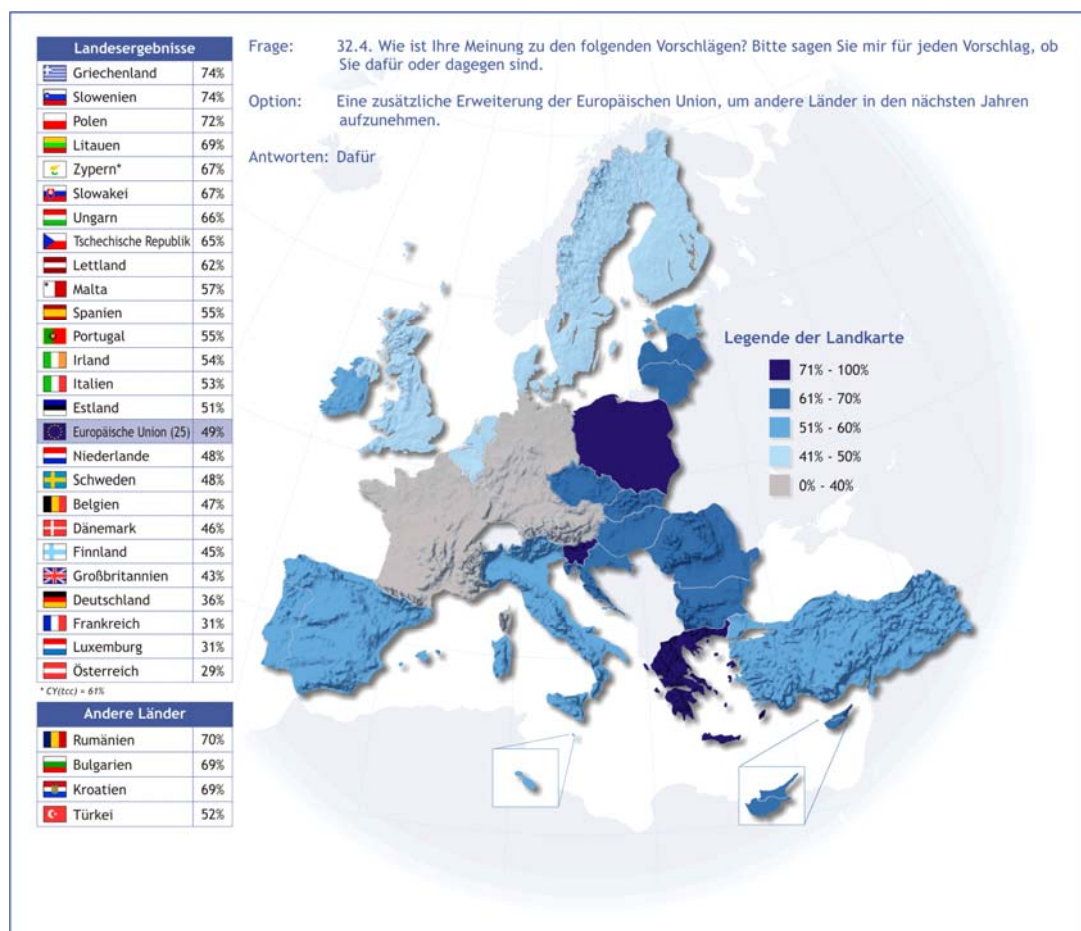
Nach der neuesten Umfrage **sind 49% der Befragten in den jetzigen 25 Mitgliedstaaten für eine zusätzliche Erweiterung der Europäischen Union in den nächsten Jahren, 39% dagegen.**¹² Die Ergebnisse sind zwar denen vom Frühjahr 2005 sehr ähnlich, es lässt sich jedoch eine weitere Verringerung des Abstands zwischen Befürwortern und Gegnern feststellen, die auf eine kritischere Haltung zu künftigen Erweiterungen hindeutet.



Die öffentliche Meinung ist in der Frage der künftigen Erweiterung unverändert wankelmütig und schwankt zudem erheblich von Land zu Land. Die höchsten Zustimmungsraten weisen Griechenland (74%), Slowenien (74%) und Polen (72%) auf. Dies steht in deutlichem Gegensatz zur Abneigung oder gar völligen Ablehnung in Österreich, Luxemburg, Frankreich und Deutschland, wo rund sechs von zehn Befragten gegen erneute Erweiterungen sind.

In den Beitritts- und Bewerberländern spricht sich etwa einer von sieben Befragten für eine zusätzliche Erweiterung aus. Eine Ausnahme bildet die Türkei, wo die Zustimmung von 66% im Frühjahr 2005 auf 52% im Herbst 2005 fiel.

¹² QA32.4. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.
Eine zusätzliche Erweiterung der Europäischen Union, um andere Länder in den nächsten Jahren aufzunehmen



Die Zustimmung zu künftigen Erweiterungen der Europäischen Union ist in den 10 neuen Mitgliedstaaten weiterhin größer. Das Ausmaß der Differenz zwischen den in den 15 alten und den 10 neuen Mitgliedstaaten erzielten Ergebnissen macht zwar die Meinungsvielfalt in der Frage der weiteren geographischen Entwicklung der Europäischen Union deutlich, ist aber etwas schwächer ausgeprägt, als dies noch im Frühjahr 2005 der Fall war.

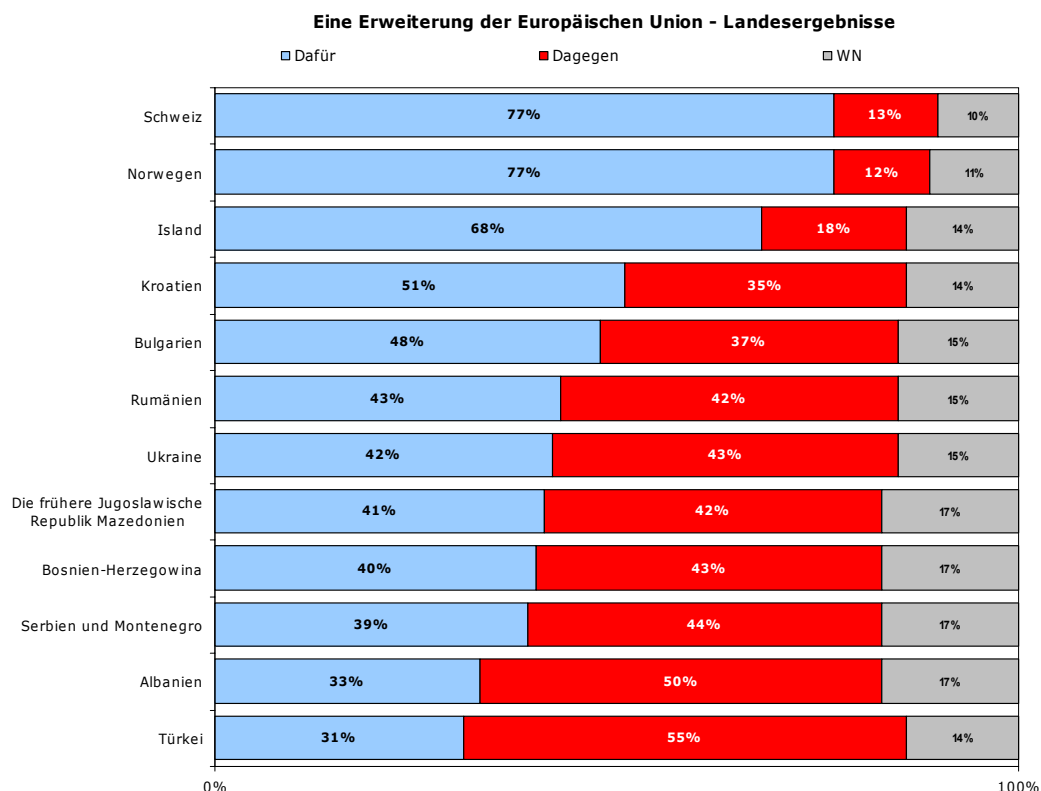
In sechs der 10 neuen Mitgliedstaaten wird die Zustimmung zu Erweiterungen jetzt nicht mehr so vorbehaltlos geäußert. In Lettland, Litauen, Slowenien und Zypern schlägt sich dies in einer stärkeren Ablehnung nieder, während sich in Estland, Malta, der Slowakei und Polen die Befragten jetzt anscheinend ihrer Meinung in dieser Frage nicht mehr so sicher sind.

Neben Griechenland scheint in den 15 alten Mitgliedstaaten die öffentliche Meinung in den Niederlanden und Deutschland etwas positiver eingestellt zu sein. Auf der anderen Seite nahm in Schweden, Italien, Dänemark und dem Vereinigten Königreich die Ablehnung zusätzlicher Erweiterungen deutlich zu.

Bei detaillierterer Analyse erweist sich die Zustimmung zu künftigen Erweiterungen als starke Zustimmung zum Beitritt der drei Mitglieder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), nämlich Islands (68%) und insbesondere Norwegens (77%) und der Schweiz (77%).¹³

Auch bei Kroatien (51%) und Bulgarien (48%) besteht eher Zustimmung. Eher geteilt ist die öffentliche Meinung hingegen im Falle Rumäniens, der Ukraine, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Bosnien-Herzegowinas und Serbiens und Montenegros.

Eine klare Mehrheit der Bürger spricht sich schließlich gegen eine Mitgliedschaft der Türkei oder Albaniens aus. 55% bzw. 50% der Befragten sind gegen ihren Beitritt.



¹³ QA44. Sagen Sie mir bitte für jedes der folgenden Länder, ob Sie dafür oder dagegen wären, dass es Teil der Europäischen Union wird?

Auch in der Frage der Zustimmung zur Aufnahme bestimmter Mitgliedstaaten zeigen die Bürger der 10 neuen Mitgliedstaaten eine offenere und aufnahmefreundlichere Haltung als die Befragten in den 15 alten Mitgliedstaaten. Allerdings fiel die öffentliche Meinung in den neuen Mitgliedstaaten im Vergleich mit Frühjahr 2005 bei allen in der Liste aufgezählten Ländern deutlich negativer aus. In den 15 alten Mitgliedstaaten fiel die Verschiebung nicht so stark aus.

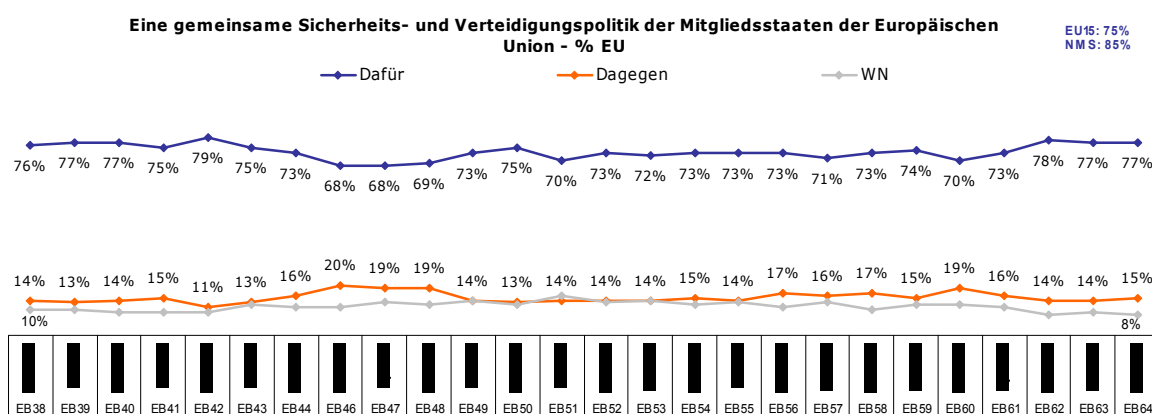
% Dafür	EU15		NMS10	
	EB64 – shift EB63		EB64 – shift EB63	
Switzerland	76%	0	83%	-4
Norway	76%	-1	82%	-3
Iceland	67%	-2	72%	-4
Croatia	47%	-1	70%	-2
Bulgaria	45%	-1	64%	-6
Romania	41%	-2	53%	-5
The Former Yug. Rep. of Macedonia (FYROM)	39%	-1	51%	-6
Bosnia and Herzegovina	39%	0	50%	-6
Ukraine	38%	-3	57%	-9
Serbia and Montenegro	36%	-2	50%	-4
Albania	32%	-1	40%	-7
Turkey	29%	-3	38%	-10

6. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

6.1. Die Zustimmung zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

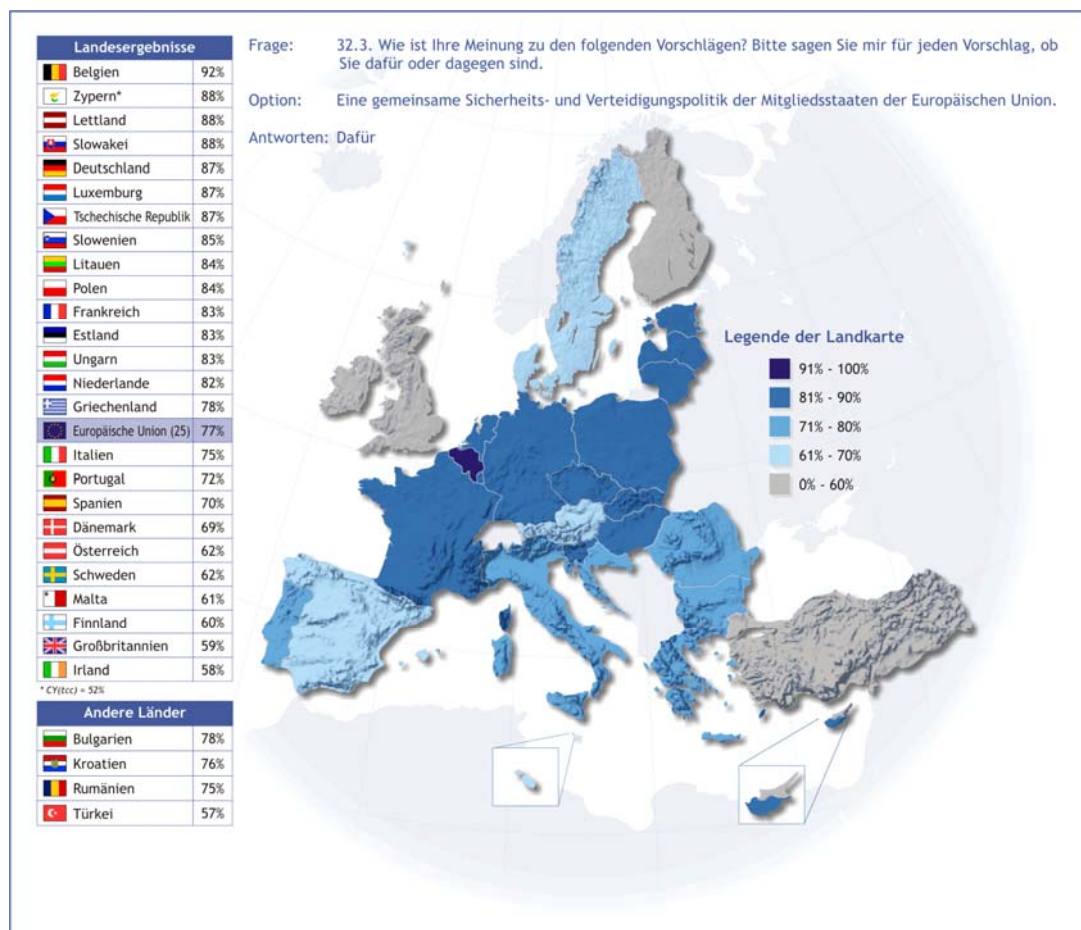
- Die Zustimmung zur ESVP bleibt stabil -

Die europäische öffentliche Meinung ist und bleibt sehr positiv gegenüber Fragen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Mit 77% bleibt die Zustimmung zu einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem hohen Niveau vom Frühjahr 2005.¹⁴



Die Zustimmung ist in den 10 neuen Mitgliedstaaten sogar noch größer. So trennen den Durchschnitt der 15 alten und den der 10 neuen Mitgliedstaaten 10 Punkte (75% gegenüber 85%).

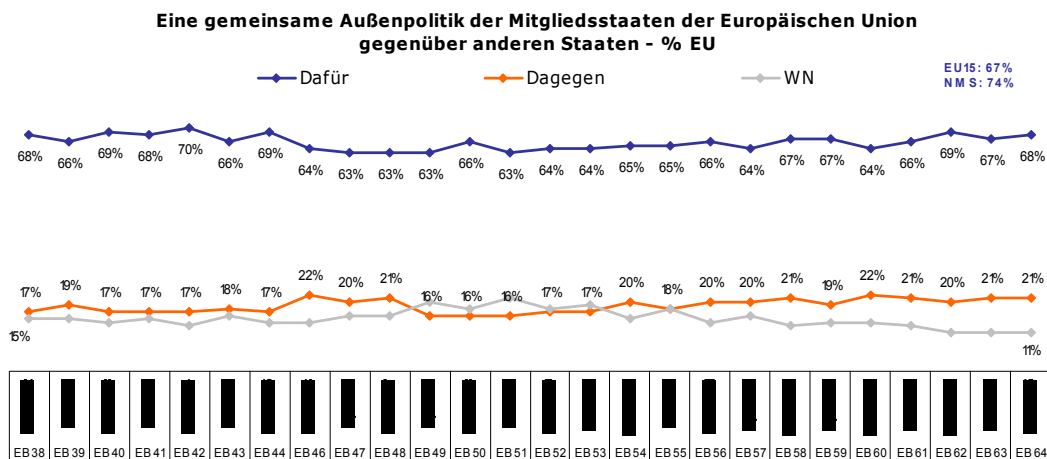
¹⁴ QA32.3. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.
Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.



6.2. Die Zustimmung zu einer gemeinsamen Außenpolitik

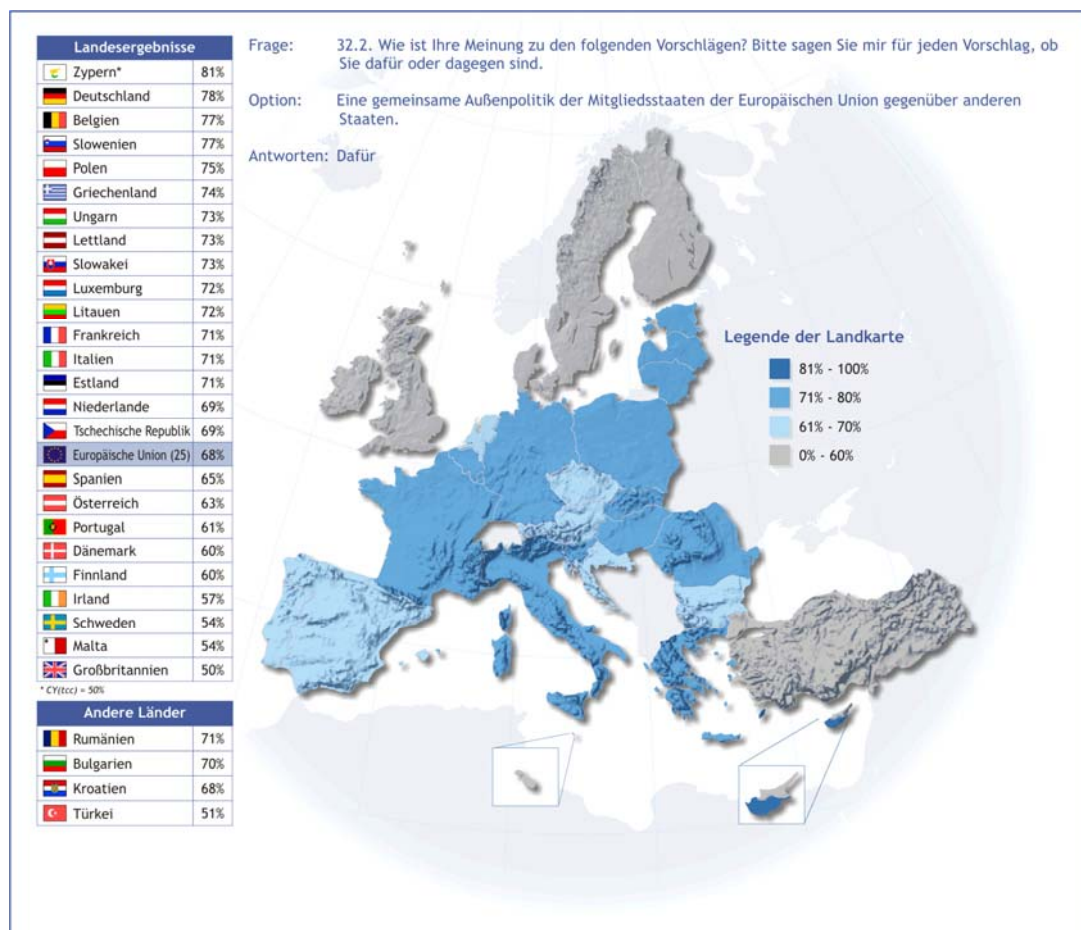
- Keine Veränderung bei der Zustimmung zu einer gemeinsamen Außenpolitik -

Die Zustimmung zu einer gemeinsamen Außenpolitik bleibt im Vergleich zur letzten Umfrage ebenfalls stabil.¹⁵ So sprechen sich mehr als zwei Drittel der europäischen Bürger für diese Idee aus (68%).



Wie bei der ESVP ist die Zustimmung zu einer gemeinsamen Außenpolitik in den 10 neuen Mitgliedstaaten stärker ausgeprägt, der Unterschied ist jedoch nicht ganz so groß. Die Differenz zwischen dem Durchschnitt der 15 alten und dem der 10 neuen Mitgliedstaaten beträgt hier 7 Punkte (67% bzw. 74%).

¹⁵ QA32.2. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.
Eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten.



7. Die Geschwindigkeit beim Aufbau Europas

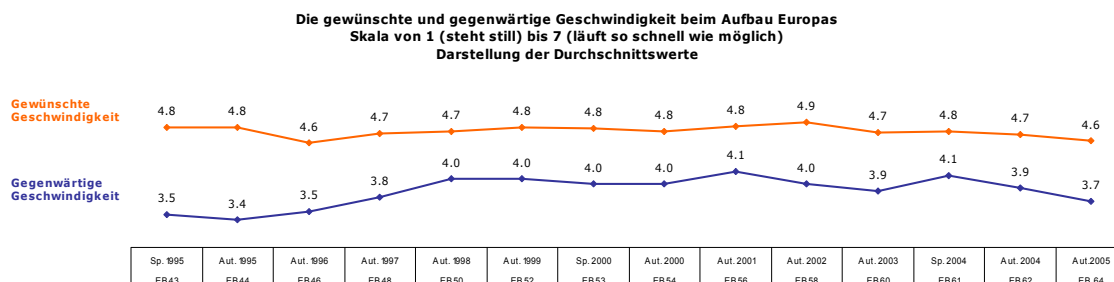
Die Einschätzung der Geschwindigkeit des Aufbaus der Europäischen Union wird im Eurobarometer mit einer Bildgrafik gemessen, die ein mit Werten verbundenes Männchen zeigt. Auf dieser Basis wird anschließend ein Durchschnitt berechnet.¹⁶ Bei dieser Frage wird zwischen der wahrgenommenen gegenwärtigen und der gewünschten Geschwindigkeit beim Aufbau Europas unterschieden.

- Der Abstand zwischen gegenwärtiger und gewünschter Geschwindigkeit beim Aufbau Europas wird größer -

Die gewünschte Geschwindigkeit beim Aufbau Europas ist höher als die wahrgenommene Geschwindigkeit. Der Unterschied zwischen beiden ist so groß wie seit 1997 nicht mehr.

Allerdings sind sowohl die wahrgenommene gegenwärtige als auch die gewünschte Geschwindigkeit des europäischen Aufbaus seit Herbst 2004 rückläufig und auf einem mit 1997 vergleichbaren Stand.

Die öffentliche Meinung steht somit in Einklang mit der aktuellen Zeit der Reflexion über die Zukunft der europäischen Verfassung in der EU. Europas wahrgenommene Entwicklung läuft nicht so schnell wie in den Vorjahren und der Wunsch nach einer Erhöhung der Geschwindigkeit ist schwächer ausgeprägt als in der Vergangenheit.



¹⁶ Q.A17. a) Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Geschwindigkeit, mit der Europa aufgebaut wird? Bitte schauen Sie sich diese Männchen an. Nr. 1 steht still, Nr. 7 läuft so schnell wie möglich. Welches Männchen entspricht Ihrer Meinung nach der gegenwärtigen Geschwindigkeit beim Aufbau Europas am besten?

b) Und welches Männchen entspricht am besten der Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen würden?

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Diese Standard-Eurobarometer-Umfrage, die im Herbst 2005 durchgeführt wurde, zeigt eine weitere Abschwächung bei den wichtigsten Indikatoren für die Zustimmung zur Europäischen Union. Gleichzeitig ist die europäische Öffentlichkeit nach wie vor für die wichtigsten Politikfelder der EU und unterstützt die Annahme einer europäischen Verfassung.

- ◆ Nach den stürmischen Ereignissen gegen Frühjahrsende 2005, die zu einer Zeit der Reflexion und Diskussion führten, ist die Zustimmung bei den drei wichtigsten Indikatoren zurückgegangen. Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft liegt jetzt bei 50% (-4), die Einschätzung der Vorteile durch die Mitgliedschaft bei 52% (-3) und bei 44% der Bürger ruft die Europäische Union ein positives Bild hervor (-3).
- ◆ Diese Ergebnisse sind von einem leichten Rückgang des Vertrauens in Kommission und Parlament begleitet. Wenn auch das Vertrauen seit der letzten Umfrage auf stabilem Niveau geblieben ist, weisen jedoch die neuesten Ergebnisse einen leichten Anstieg beim Prozentsatz der Befragten aus, die angeben, den beiden Institutionen eher nicht zu vertrauen.
- ◆ Während, besonders in den neuen Mitgliedstaaten, eine etwas kritischere Haltung zu einer zusätzlichen Erweiterung der Europäischen Union auszumachen ist, bleibt die Zustimmung zu den beiden anderen wichtigen Politikfeldern der EU, der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der gemeinsame Außenpolitik, solide.
- ◆ Trotz des Neins im französischen und niederländischen Referendum zur Ratifizierung der europäischen Verfassung hat sich die Zustimmung zum Gedanken einer Verfassung mit 63% verstärkt. Zudem ist die Mehrheit der europäischen Bürger (60%) der Ansicht, dass die EU sowohl, um intern zu funktionieren, als auch für ihre Rolle und Position in der Welt eine Verfassung braucht.
- ◆ Ferner geht die Mehrheit der europäischen Bürger davon aus, dass die Annahme der europäischen Verfassung dazu führen wird, dass die Europäische Union demokratischer, effizienter und transparenter funktioniert.
- ◆ Die Zeit der Reflexion, in der sich die EU momentan befindet, steht in Einklang mit der öffentlichen Meinung über die wahrgenommene und die gewünschte Geschwindigkeit beim Aufbau Europas. Die wahrgenommene Geschwindigkeit, mit der sich Europa entwickelt, ist geringer als in den Vorjahren und der Wunsch nach einem schnelleren europäischen Aufbau schwächer als in der Vergangenheit.
- ◆ Die Öffentlichkeit scheint empfänglich zu sein für die Absicht der Europäischen Union, mehr mit den EU-Bürgern ins Gespräch zu kommen. Gegenwärtig fühlt sich nur rund ein Viertel der Bürger in europäische Angelegenheiten eingebunden (26%). 47% erklären aber, dass sie gerne mehr beteiligt wären.

ANHÄNGE

STANDARD EUROBAROMETER 64

TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

TNS Opinion & Social, ein von Taylor Nelson Sofres und EOS Gallup Europe gebildetes Konsortium, führte zwischen dem 11. Oktober und dem 15. November 2005 im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Presse und Kommunikation, Meinungsumfragen die Umfrage 64.2 des Standard-Eurobarometers durch.

Im Rahmen des Standard Eurobarometers 64 wurden in allen EU-Mitgliedsländern Personen befragt, die mindestens 15 Jahre alt sind, ihren Wohnsitz in dem jeweiligen Land haben und die Staatsangehörigkeit eines EUMitgliedslandes besitzen. Das Standard Eurobarometer 64 wurde außerdem in den zwei Beitrittsländern (Bulgarien und Rumänien) und den zwei Bewerberländern (Kroatien und Türkei) sowie in der türkisch-zyprische Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In allen Mitgliedsländern wurde eine mehrstufige Zufallsstichprobe verwendet. In jedem EU-Land wurde eine bestimmte Anzahl von Sampling Points nach dem Zufallsprinzip gezogen, die die Struktur der Grundgesamtheit in Bezug auf ihre regionale Verteilung (für eine vollständige Erfassung des Landes) repräsentativ abbildet.

Die Sampling Points wurden systematisch auf der Grundlage der "regionalen Verwaltungseinheiten" geschichtet nach Gebietstyp und regionaler Einheit gezogen. Sie bilden also das gesamte Gebiet der an der Umfrage beteiligten Länder gemäß EUROSTAT-NUTS II (oder einer äquivalenten Einteilung) repräsentativ ab und spiegeln die Verteilung der Wohnbevölkerung des jeweiligen Landes in Bezug auf groß-, mittel- bzw. kleinstädtische Gebiete wider. In jedem Sampling Point wurde eine Startadresse zufällig gezogen. Weitere Adressen wurden als die jeweils x-te Adresse nach der Random-Route-Regel, ausgehend von der Startadresse, definiert. In jedem so ermittelten Haushalt wurde die Zielperson nach einem Zufallskriterium bestimmt (nach der Next-Birthday- oder Geburtstagsregel). Alle Interviews wurden persönlich im Haushalt des Befragten und in der jeweiligen Landessprache geführt. Hinsichtlich der Datensammlungstechnik wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das System CAPI (Computer Assisted Personal Interview) verwendet.

KÜRZEL	LÄNDER	INSTITUTE	ANZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT	BEVÖLKERUNG 15+	
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.024	13/10/2005	06/11/2005	8.598.982
CZ	Tschechische Republik	TNS Aisa	1.161	14/10/2005	05/11/2005	8.571.710
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.032	16/10/2005	13/11/2005	4.380.062
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.534	14/10/2005	08/11/2005	64.174.295
EE	Estland	Emor	1.000	14/10/2005	06/11/2005	887.094
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	17/10/2005	05/11/2005	8.674.230
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.015	15/10/2005	05/11/2005	35.882.820
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.009	11/10/2005	07/11/2005	44.010.619
IE	Irland	TNS MRBI	1.009	13/10/2005	13/11/2005	3.089.775
IT	Italien	TNS Abacus	1.000	19/10/2005	10/11/2005	49.208.000
CY	Zypern (Republik)	Synovate	502	17/10/2005	06/11/2005	552.213
LV	Lettland	TNS Latvia	1.033	14/10/2005	07/11/2005	1.394.351
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.020	15/10/2005	04/11/2005	2.803.661
LU	Luxemburg	TNS ILReS	510	12/10/2005	05/11/2005	367.199
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.000	18/10/2005	06/11/2005	8.503.379
MT	Malta	MISCO	500	14/10/2005	05/11/2005	322.917
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.041	21/10/2005	13/11/2005	13.242.328
AT	Österreich	ÖSTERREICHISCHES GALLUP- INSTITUTE	1.020	14/10/2005	03/11/2005	6.679.444
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	17/10/2005	07/11/2005	31.610.437
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.003	17/10/2005	08/11/2005	8.080.915
SI	Slowenien	RM PLUS	1.034	11/10/2005	07/11/2005	1.663.869
SK	Slowakei	TNS AISA SK	1.096	17/10/2005	02/11/2005	4.316.438
FI	Finnland	TNS Gallup OY	1.028	13/10/2005	09/11/2005	4.279.286
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.033	14/10/2005	06/11/2005	7.376.680
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.320	12/10/2005	15/11/2005	46.371.359
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.001	19/10/2005	31/10/2005	6.695.512
HR	Kroatien	PULS	1.000	13/10/2005	06/11/2005	3.682.826
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.000	13/10/2005	31/10/2005	18.145036
TR	Türkei	TNS PIAR	1.005	14/10/2005	07/11/2005	47.583.830
CY (tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	KADEM	500	14/10/2005	29/10/2005	157.101
Total			29.430	11/10/2005	15/11/2005	442.620.588

Für jedes Land wurde die Struktur der Nettostichprobe mit der Grundgesamtheit verglichen. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von Eurostat oder den einzelstaatlichen Statistiken. Ausgehend von der Beschreibung der Grundgesamtheit wurden die Daten jedes EU-Mitgliedslandes auf nationaler Ebene in Bezug auf die Zellen- und Randverteilung iterativ gewichtet, wobei pro Land eine Wichtung nach Geschlecht, Alter, Region und Ortsgröße durchgeführt wurde. Für die internationale Wichtung (d.h. EU-Mittelwerte) legt TNS Opinion & Social die offiziellen Bevölkerungszahlen zugrunde, die Eurostat oder das nationale Büro für Statistik ausweist. Für diese Expost-Wichtung wurden die oben genannten Bevölkerungszahlen benutzt.

Der Leser wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Erhebungsergebnissen um Schätzwerte handelt, deren Genauigkeit - bei sonst gleichen Voraussetzungen - vom Stichprobenumfang und dem Stichprobenanteil des erhobenen Merkmals abhängt. Bei Stichprobengrößen von etwa 1.000 Interviews liegen die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% or 90%	20% or 80%	30% or 70%	40% or 60%	50%
Konfidenzintervall	± 1.9 points	± 2.5 points	± 2.7 points	± 3.0 points	± 3.1 points

TABELLEN